

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelhe Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Interlions-Gebühr

Besteht für die festgebaltene Kolonialgasse über deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgedruckt werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Auswärtige Rebel.

Nach langen Zögerungen ist endlich die Marokkoangelegenheit einigermassen in glatte Bahnen geleitet. Da werden von einigen Stellen Nachrichten verbreitet, welche mindestens Anzeichen dafür sind, wie sehr die internationale Lage „gespannt und gefährlich“ bleibt, um das Wort Wilsons beizubehalten.

Der nationalistische „Gaulois“ veröffentlicht, wie das Wolffsche Depeschendureau übermitteln, eine angebliche Unterredung mit dem ehemaligen Minister des Aussenwesens Delcassé, wonach dieser unter anderem folgendes gesagt haben soll:

Eine ernsthaft und wirksame Politik macht man heutzutage nicht auf Grund von Sympathie- oder Antipathiegefühlen, sondern mit Rücksicht auf Interessen. Die Interessen Frankreichs liegen auf englischer Seite. England ist unser bester Käufer. Was kauft Deutschland von uns? Nichts oder fast nichts! Dagegen verkauft uns Deutschland alles, was es kann. Frankreich kann England die Herrschaft zur See nicht streitig machen, deshalb ist es das Klügste, sich vor der Versuchung zu heugen und in Rechnung zu ziehen, welchen Wert der englische Bestand in gewissen Fällen für uns haben kann. Dieser Bestand nun hätte für uns den Wert, daß Deutschland in die Unmöglichkeit versetzt würde, uns den Krieg zu erklären. Was vermöchte im Falle eines Krieges, in welchem England mit uns ginge, die deutsche Flotte? Was würde aus den Häfen, dem Handel und der Handelsmarine Deutschlands? Die vollständige Vernichtung derselben wäre die Folge. Das ist die Bedeutung des wohl vorbereiteten und wohl berechneten Besuchs des englischen Geschwaders in Brest. Der Gegenbesuch des französischen Geschwaders in Plymouth wird diese Kundgebung vervollständigen. Das Einberufen Frankreichs und Englands und die Vereinigung der Flotten dieser beiden Länder schaffen ein so fürchtbares Kriegswerkzeug, daß weder Deutschland noch sonst eine Macht die Vernichtung zur See würde riskieren wollen. Die Entente mit England bedeutet außerdem die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen England und Frankreich. Das war die Ueberraschung, welche das gute Einberufen Englands mit Frankreich der Welt bereiten konnte.

Der „Gaulois“ meldet ferner, Delcassé habe sodann die Ministerratsitzung geschildert, in der er seine Entlassung gab. Danach habe er in dieser Sitzung die Pläne für ein Bündnis mit England auseinandergesetzt, worauf die Minister erschrocken erwidert hätten: Aber Deutschland wird uns angreifen. Hieran habe Delcassé geantwortet: „Nun denn, so mag es uns schließlich angreifen. Wir sind in der Lage zu antworten.“ Delcassé habe schließlich erklärt: „Sich zur Konferenz zu begeben, ist für Frankreich ein Fehler, und welche ein Fehler!“

Zunächst ist nicht einmal gewiss, ob der Sinn des „Gaulois“-Artikels vollständig und richtig wiedergegeben ist. In einem Telegramm des „Herold-Bureaus“ klingt ein wesentlicher Passus erheblich anders:

„Auf die Frage des „Gaulois“-Mitarbeiters, ob die Gefahr eines Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland seit Beginn der Marokko-Verhandlungen bestanden habe, erklärte Delcassé, er habe diese Frage niemals ernst genommen, denn im Falle eines Krieges mit Deutschland hätte England Frankreich unterstützt und die im Werden begriffene deutsche Kriegsflotte völlig zernichtet sowie seine Handelsinteressen auf unabsehbare Zeit lahmgelegt.“

Doch wenn sich zwischen diesen Meldungen auch eine Uebereinstimmung denken läßt, so muß erst klar werden, ob Delcassé tatsächlich dem „Gaulois“ jene Aeusserungen zur Veröffentlichung übergeben hat. Es erscheinen die angeblichen Aeusserungen Delcassés in dem übermittelten Wortlaut schon deshalb nicht glaublich, weil so viel Eselrei dem Delcassé doch nicht zugetraut werden sollte. Weder kann man so unsinnige Ansichten dem früheren französischen Minister des Aussenwesens zutrauen, noch kann man selbst der verletzten Eitelkeit des Gestürzten zutrauen, daß sie Anschauungen solcher Art, wenn sie bestanden haben, veröffentlichten würde.

Die Unwahrscheinlichkeit solcher Aeusserungen Delcassés ergibt sich schon aus der lächerlichen Unrichtigkeit der Angaben über die Handelsbeziehungen Frankreichs zu Deutschland und England, auf welche sich die weiteren Erwägungen aufbauen. Delcassé soll gesagt haben, Deutschland kaufe fast nichts von Frankreich, dagegen verkaufe Deutschland alles, was es kann, an Frankreich; England aber sei Frankreichs bester Käufer. Nun ist gewiss England der beste Käufer Frankreichs, wie es der beste Käufer Deutschlands ist. Aber die Handelsstatistik für das Jahr 1904 zeigt, daß Deutschland nach Frankreich Waren im Werte von nur 274 Millionen Mark geliefert hat, während Frankreich nach Deutschland den bedeutenden Export von 423 Millionen Mark hatte. Damit fällt die Grundlage zusammen, auf der Delcassés waghalsige Politik sich aufgebaut haben soll.

Es scheint danach, als beruhe das angebliche Interview auf Kombinationen, wie sie in gewissen Pariser Zeitungen nicht selten geleistet werden, oder aber es ist ein Kern von Wahrheit reichlich in Vermutungen gehüllt worden. Die Fragwürdigkeit der „Gaulois“-Meldung bedeutet natürlich nicht, daß Delcassé nicht tatsächlich eine unsinnige Politik befürwortet hat, welche die Gefahr des Krieges hätte herbeiführen können. Ohne sehr triftigen Grund haben seine Ministerkollegen ihn nicht fallen gelassen. Die Wahrheit scheint zu sein, daß Delcassé in richtiger Hoffnung auf englische Hilfe das von Deutsch-

land geforderte Entgegenkommen in der Marokkofrage nicht erfüllen wollte. Die Ministerkollegen erkannten die Gefahr und sagten sich von ihm los.

Ein Gegenstück zu den angeblichen Aeusserungen Delcassés bilden angebliche Aeusserungen des Kaisers Wilhelm. Der „Berl. B. C.“ übermittelt aus Rom einen Artikel der „Patria“, der die Ueberschrift „Eine Seite zeitgenössischer Geschichte“ trägt und dessen Verfasser Baron Alberto Lumbruso ist, der im vorigen Jahre an den italienisch-österreichischen Handelsverhandlungen beteiligt war und am italienischen Hofe Beziehungen hat. Die Hauptstellen dieses Artikels befragen:

Im Jahre (?) 1905 verließ der französische Gesandte bei dem Könige von Italien, Barrère, unermutet seinen Posten, obgleich ihm die gesellschaftlichen Verpflichtungen in Rom hätten festhalten sollen, und begab sich nach Paris. Die Zeitungen meldeten, daß die Reise in Familienangelegenheiten gehehe, in Wahrheit aber begab sich Barrère nach Paris, um mit seinem Minister über eine äußerst bedeutende vertrauliche Mitteilung zu sprechen, die ihm in Rom zuteil geworden war. Diese Mitteilung lautete: „Der deutsche Kaiser, der schon über die alten herzlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien in Karlsruhe sei, habe erfahren, daß Frankreich und England im Begriffe seien, sich sehr eng an einander anzuschließen, und daraufhin schriftlich oder mündlich geäußert (wahrscheinlich schriftlich in einem Briefe an den König Viktor Emanuel): Solange sich Frankreich und England damit begnügen, freundschaftliche Vereinbarungen zu treffen, bleibe ich still. Aber den Abschluß eines formellen, gegenseitigen Bündnisses zwischen diesen beiden Mächten dulde ich nicht.“ Wie es scheint, nahm Delcassé die Mitteilung des Gesandten ziemlich leicht. Aber Barrère wandte sich auch an den Ministerpräsidenten Rouvier, der die Tragweite der Aeusserung des deutschen Kaisers erfaßte und von Delcassé energisch tägliche, vollständige Mitteilungen über den Gang der auswärtigen Politik forderte. Delcassé ließ sich aber nicht hören, sondern arbeitete weiter an seinem Projekt eines „schriftlichen Einverständnisses“ mit England. Eines Tages las er den Entwurf dem Präsidenten Loubet und Rouvier vor. In der Zwischenzeit hatte Rouvier von anderer Seite eine Bestätigung der Absichten des deutschen Kaisers erhalten. Er geriet in große Erregung und forderte von Delcassé, daß der gesamte Kabinettsrat mit der englischen Regierung dem nächsten Ministerrat unterbreitet werde. In diesem Ministerrate kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Rouvier und Delcassé. Der Ministerpräsident machte dem Minister des Aussenwesens Vorhaltungen darüber, daß er auf die Mitteilung des Gesandten in Rom gar kein Gewicht lege und verlas sodann einen amtlichen Bericht Barrères, in dem die Aeusserung des deutschen Kaisers wiederholt war. Die Minister gerieten in Erregung, Delcassé aber erklärte: „Auch wenn unter Vertrag mit England zum Kriege führen sollte, so würde ich doch nicht zögern, ihn zu unterstützen und Ihrer Genehmigung zu empfehlen. Dieser Vertrag ist die Krönung einer siebenjährigen Politik, die darauf abzielt, Deutschland in Europa zu isolieren.“ Rouvier ersuchte nun jeden Minister, seine Meinung über das Projekt Delcassés zu sagen und zu begründen. Alle, mit Ausnahme des Kriegsministers Berthelet, erklärten eine Politik, die zum Kriege mit Deutschland führe, für verwerflich. Rouvier verlangte hierauf, daß Delcassé ihm — dem Ministerpräsidenten — die weiteren Verhandlungen mit England überlasse, und der Ministerrat gab einmütig derselben Forderung Ausdruck. Delcassé erwiderte, daß er zu lange verantwortlicher Minister gewesen sei, als daß er sich jetzt in die Rolle eines Vortragenden Rates finden könne und gab seine Entlassung.“

Wenn sich die Dinge so zugetragen haben, wie hier erzählt wird, so wird das Wort des Fürsten Wilso vollends verständlich, daß zu einer gewissen Zeit die internationale Lage sehr gespannt und geschwollen gewesen ist. Dann tritt aber noch unendlich eindringlicher als bisher die ungeheuerliche Tatsache in das Bewußtsein der westeuropäischen Nationen, daß die Diplomatie sie mit verbundenen Augen an den Rand des fürchterlichen Abgrundes treibt.

Soweit es möglich ist, in die trüben Nebel zu schauen, in denen die Diplomatie das Spiel um die Wohlfahrt ganzer Völker betreibt, hebt sich die Tatsache heraus, daß bei der deutschen wie bei der französischen Regierung infolge des russischen Zusammenbruchs die Befürchtung aufkam, als beabsichtige jeder von beiden den anderen zu isolieren und die Isolierung zur Erreichung von besonderen Vorteilen auszubenten. England ist durch die deutsche Weltpolitik gereizt und sieht unwillig die stets sich steigenden Marinerausgaben Deutschlands. Frankreich nutzte diese Versäumnisse, um seine eigenen Beziehungen mit England zu verbessern, und der russische Zusammenbruch erhöhte die Notwendigkeit dieser Freundschaft. Dieser selbe Zusammenbruch Russlands aber gab der deutschen Diplomatie Gelegenheit, gegen Frankreich schroffer vorzugehen als es vor den russischen Niederlagen in der Mandschurei und in der Koreafrage möglich war. So kam es, daß die deutsche Regierung eine überlegene gegnerische Mächtegruppierung und daß Frankreich einen kriegerischen Angriff Deutschlands befürchtete. Wilso brach nun die Marokkofrage vom Saum, um die Situation zu klären und eine Entscheidung herbeizuführen. Ob und wie weit das Entgegenkommen Frankreichs nach Delcassés Befestigung alle jene Befürchtungen gelöst und für die Nationen den Anlaß zu Unruhmütigkeiten beseitigt hat, das ist jetzt nicht völlig abzusehen. Es ist anzunehmen, daß trotz der Widerung der Situation der internationale Spannungszustand andauert.

Es ist die große Aufgabe der westeuropäischen Nationen, insbesondere der Arbeiterklasse die Rebel davon zu jagen, welche aus den Kabinetten der Diplomatie aufsteigen. Fürsten und Diplomaten sollen nicht nach ihrem Belieben über Gut und Blut ganzer Völker schalten. Die Völker sträuben sich aufs nachdrücklichste, daß einzelne Personen die Macht haben sollen, über Frieden und Krieg zu entscheiden. Die Völker protestieren gegen die Zumutung, daß ihnen heute in hohen Tönen von der Friedfertigkeit der Regierungen erzählt wird und daß sie morgen auf die Schlachtfelder geschickt werden sollen, um durch die Schlingen der Kanonen mit den benachbarten Nationen zu sprechen, mit denen gemeinsam sie Friedensarbeit an menschlichen Kulturwerken zu verrichten wünschen!

Die russische Revolution.

In der Marine glimmt der Aufruhr fort und jeden Tag mag er wieder in hellen Flammen auflodern. Aus Rebel wird vom 11. d. Mts. gemeldet, daß die dortige etwa 700 Mann zählende Flottenhalbequipage sich teilerte, das Wittageffen, welches sie als Flottenhalbequipage bezeichnete, zu genießen. Die Mannschaft entsandte eine Abordnung an den Kommandeur, der die Speisen kostete und den Matrosen recht gab. Dem Kompaniekommandeur wurde hierauf die Leitung der Verpflegung entzogen und er mit achtstägigem strengen Arrest bestraft. Die Matrosen beschuldigen den Kompaniekommandeur, er habe einen Teil der Verpflegungsgelder unterschlagen.

Auf den Schiffen „Minin“ und „Krem“ wurde in Befürchtung des Aufruhrs den Matrosen die Benutzung der Gewehre entzogen.

Zum Attentat auf Schuwalow.

Aus Moskau wird telegraphiert: Auf Grund der Aussagen des Mörders des Gouverneurs Schuwalow gelang es der Polizei, mehrere geheime Zusammenkunftsorte der Revolutionäre sowie eine Bombenwerkstätte aufzudecken. Unter den Verhafteten befanden sich einige den besseren Ständen angehörende Personen.

Das ist aber ganz unglaubwürdig. Keiner der heldenhaften Attentäter hat durch seine Aussagen den Zarenscherzen Gelegenheit gegeben, andere Revolutionäre zu ergreifen.

Ueber den Grund zum Attentat wird aus Moskau gemeldet, daß es in gewissem Zusammenhang steht mit der für den 19. Juli geplanten allgemeinen Semstwowerversammlung, die sich mit der endgültigen Klärung der jetzigen Lage in Russland befassen wollte, aber abschlägig beschieden und bis jetzt, trotz aller Reklamationen, nicht gestattet wurde. Dazu kommen noch die in letzter Zeit von dem getöteten Stadthauptmann getrossenen scharfen Maßnahmen, so die Ausweisung aller Personen, die sich über ihren Wohnsitz in Moskau zwar vorchriftsmäßig ausweisen konnten, aber an Moskau weder durch eigenen Geschäftsbetrieb, noch durch Zugehörigkeit zu einem der Mosklauer Stände gebunden sind.

Vom Kaukasus.

Tiflis, 12. Juli. Bei einigen hier vorgenommenen Haus-suchungen wurden 112 Bomben gefunden. Auf der Station Michailowo wurde ein Mann verhaftet, der Bomben bei sich führte, ebenso ein Geislicher, bei dem ein Revolver, 108 Patronen sowie ein Dolch gefunden wurden.

Murden in Minsk.

Minsk, 12. Juli. Gestern abend versuchte eine nach Tausenden zählende Menschenmenge eine Kundgebung zu veranstalten. Kosaken feuerten auf die Menge, die mit Revolverschüssen antwortete. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht ermittelt.

In der Nacht wurde in der Nähe des Hauses des Gouverneurs eine Bombe geworfen. Ein Schutzmann und ein Kosak wurden verwundet.

Der Semstwowkongress gegen den Zaren!

In einem Artikel über die in Russland zu erwartenden Ereignisse bringt die „Russ. Korresp.“ nach einer Darstellung des Marineraufstandes die folgenden Ausführungen:

... Und ebensowenig ist ein Urteil darüber möglich, ob der nächste große Plan einschlägig wird. Es berührt uns eigentümlich, daß die Revolutionäre unumwunden von ihren Absichten sprechen, wie es zurzeit in Russland geschieht, aber diese brutale Offenheit ist der beste Beweis für die Ohnmacht der Regierung. Die Revolution ist aus dem Stadium der heimlichen Verschwörungen heraus, sie sieht sich stark genug, dem Feinde offen den Krieg zu erklären. Das neue Projekt ist anders geartet als die früheren. Es sieht die unmittelbare Umwälzung vor. Der große Kongress der Vertreter der Semstwos und der städtischen Dumas, der am 19. Juli in Moskau zusammentritt, will den Zaren zwingen, eine Verfassung zu geben, und zwar wird er sich nicht mit der bühnenhaften Karrikatur begnügen. Im Klub und auf der Straße erörtert man rückhaltlos die Details der Ausführung dieser Idee. Vielleicht ist es besser, sie hier nicht auseinanderzusetzen und sich auf Andeutungen zu beschränken. Zwei Strömungen sind vorhanden: die eine rechnet mit einer vorübergehenden Isolierung Nikolaus II., die andere mit seiner dauernden Ausschaltung. Eine provisorische Regierung, deren präsumtive Mitglieder heute, fast möchte man sagen, jedes Kind schon kennt, wird auf alle Fälle in Funktion zu treten haben. Fragt sich nur, ob auf längere Frist oder auf längere als Regenshaft für einen zur Zeit noch nicht regierungsfähigen Zaren. Zweifel bestehen, wenn die wichtigsten Ministerposten angetragen werden sollen, aber es scheint, daß die Mehrheit Herrn

W. Witte mit dem Präsidium und Sviatopolk-Mirski mit dem Vorkomitee des Innern betrauen will. Natürlich muß man zur Durchführung des Projekts des Militärs sicher sein, aber offenbar ist hier nicht die größte Schwierigkeit. Die Petersburger Garderegimenter können nicht mehr als Stärke des Jaren gelten und das Moskauer Militär, in dessen Offizierskorps die Bürgerlichen tonangebend sind, scheint nahezu gewonnen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juli.

Das Nautikus-Jahrbuch.

dem bei der engen Verbindung der Regierungen mit den Flottenpropagandisten mindestens ein halbhoffziger Charakter beigelegt werden darf, ist kürzlich erschienen. Sein Inhalt ist von den flottenfreundlichen Blättern bereits zugunsten einer intensiveren Flottenpropaganda ausgemittelt worden. Zweifellos soll das „Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen“, wie der Titel des Buches lautet, auch dem Zwecke dienen, Beweise für ein gesteigertes Beträgen Deutschlands beizubringen. In den Schlussbemerkungen über das Kapitel „Die deutsche Kriegsmarine im Jahre 1904/05“ heißt es ausdrücklich, daß mit Bezug auf die Flotte „Kosten“ heute „Kosten“ noch mehr vielleicht heiße, als in jedem anderen Betriebe. Die Technik schreite fort, stärker denn je sei der Wettkampf der Völker der Erde. Gerade der Schlusssatz des großen Dramas, das sich in Ostasien abspielt, habe vor Augen geführt, welches das Schicksal einer Flotte sein werde, die nicht auf der Höhe der großen Anforderungen der Zeit stehe. **Haltlosigkeit sei das schlimmste Uebel.** Zur rastlosen Weiterstreben nach jeder Richtung könne das Geschaffene erhalten und weitere Fortschritte zeitigen.

Wenn man jedoch den Inhalt des umfangreichen Flottenbuches ein wenig kritisch durchmustert, so muß man zu der Auffassung gelangen, daß das in ihm gebotene Material nicht für ein uferloses Beträgen spricht, sondern im Gegenteil die stärksten Argumente gegen die Pläne enthält, die deutsche Flotte der Flotte Englands ebenbürtig zu machen. Die in der Einleitung versuchte Schilderung der gegenwärtigen weltpolitischen Situation beweist ebenso deutlich, daß nicht der geringste politische Grund vorliegt, die deutsche Flotte nach den Plänen unserer Marinéphantasien auf Kosten der Kulturaufgaben immer gewaltiger auszubauen, wie die Masse der gegebenen Zahlen und Daten beweist, daß es weder möglich noch notwendig ist, zum Schutze der deutschen Handelsinteressen den Wettkampf mit einer seeherrschenden Nation wie England aufzunehmen.

Das Jahrbuch behandelt zunächst eingehend die Vorgänge in Rußland. Es konstatiert den totalen militärischen und namentlich marinitischen Zusammenbruch des Zarenreiches und gibt dann der Ansicht Ausdruck, daß es der Regierung nicht gelingen werde, das alte absolutistische Rußland aus den Wirren der Zeit zu retten. Wir gingen einem „neuen Rußland“ entgegen, mit dem auch die politische Welt zu rechnen haben werde. Durchaus unmöglich sei heute noch die Verantwortung der Frage, welche Stellung dieses neuen Rußland in der Weltpolitik einnehmen werde. Diese Auffassung ist insofern richtig, als nicht der mindeste Beweis dafür vorliegt, daß das neue, auf konstitutioneller Basis beruhende Rußland die Absicht haben könnte, die verbrecherische Eroberungspolitik des Zarismus fortzusetzen, ganz abgesehen davon, daß einer konstitutionellen Regierung auf absehbare Zeit direkt die finanziellen und militärischen Möglichkeiten dazu fehlen würden. Das neue Rußland wird, um aus der sozialen Anarchie überhaupt herauszukommen, das Hauptgewicht zunächst auf Reformen im Innern legen müssen. Solche Sozialreformen aber werden Rußland auf unabsehbare Zeit verhindern, die zaristische Weltpolitik fortzusetzen. Ein friedliches Rußland aber bedeutet zugleich die Unmöglichkeit einer franko-russischen Offensive. Die Lage ist also in bezug auf Frankreich und Rußland eine unendlich bessere, als sie in der Vergangenheit war. Sollen wir es in der Hand Deutschlands, sich mit Frankreich mehr und mehr auszusöhnen, um zu einem dauernden Zustand des Friedens auf einem europäischen Kontinent zu gelangen?

Welches nun ist das Verhältnis Deutschlands zu England? Auch hiermit befaßt sich das Nautikus-Buch. Es stellt sich auf den Standpunkt, daß eine Feindschaft zwischen diesen beiden Ländern nicht nur nicht durch die realen Verhältnisse bedingt sei, sondern daß es ein verbrecherisches Treiben wäre, feindselige Gefinnung in den beiden Ländern zu schüren:

„Welche Nationen sind nicht bestimmt, sich gegenseitig zu entfremden, sondern vielmehr einander stetig näher zu treten. Erst in ihrem Zusammengehen wird die volle sittliche Kraft und der Kulturwert der germanisch-protestantischen Welt zu voller Geltung kommen. Sie stellt die stärksten ethischen, materiellen und physischen Kombinationen dar, die in der Welt von heute, die, soweit sich vorherzusehen läßt, auch in den Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten der Zukunft gedacht werden kann. Man müßte an dem Genius der Menschheit verzweifeln, wenn man annehmen wollte, daß beide bestimmt seien, einander aufzubrechen.“

Die weltpolitische Situation ist also nach dem Nautikus-Jahrbuch die, daß der Weltfrieden kaum jemals gefährdet erscheint als heute. Wo in aller Welt wäre es also notwendig, daß Deutschland seine Seerüstungen in forciertester Weise fortschreibe? Wenn von seiner Seite eine Gefahr droht, und wenn Deutschland nicht einmal in geheimsten Träumen daran denkt, die Interessen der benachbarten Nationen zu verletzen, so ist es absolut unerfindlich, weshalb Deutschland seine Marinerüstungen nach den Wünschen der Flottenphantasten fortsetzen soll! Hinzu kommt, daß die Einladungen des deutschschiffes, wie sie aus den Mägen des Billards der Admiraltät Lee und des Admirals Fitzegerald hervorbrachen, nicht etwa irgend welcher nationalen Feindschaft zuzuschreiben wären, sondern in aller erster Linie dem fieberhaften Seerüsten Deutschlands und den weltpolitischen Phantasien, von denen unsere weltpolitische Presse seit Jahren überhäuft ist. Es gäbe also kein einfacheres Mittel, um Englands Eiferlichkeit zu beschwichtigen, als Deutschlands Seemacht auf das notwendigste Maß zur Vermeidung der Stützen zu beschränken! Man hat allerdings bei unseren Flottenphantasten behauptet, daß England eifersüchtig auf Deutschlands Handelsfortschritte und daß, wenn wir keine starke Marine hätten, es eines schönen Tages England einfallen könnte, einfach über unsere Handelsflotte herzufallen. Diesen törichte Angstvorstellungen tritt aber gerade das Flottenjahrbuch entgegen. Es erklärt, daß die imperialistischen Absichten Chamberlains wenig Aussicht auf Verwirklichung zu haben scheinen, daß also Englands Handel nach wie vor auf den Absatz in den übrigen Industriestaaten angewiesen sei. Vergleicht man nun aber die Einfuhr Deutschlands nach Großbritannien und seinen Kolonien mit der Einfuhr Großbritanniens und seiner Kolonien nach Deutschland, so ergibt sich, daß England durchaus keine Ursache zur Unzufriedenheit hat. Einer deutschen Einfuhr nach England von 905 Mill. M. im Jahre 1904 steht eine englische Einfuhr nach Deutschland von 901 Millionen gegenüber. Während Deutschland nach Britisch-Indien für 88 Millionen Mark Waren einführte, führte Britisch-Indien nach Deutschland für 295 Millionen Mark Waren aus. Für Britisch-Australien betragen die entsprechenden Zahlen

48 Millionen und 146 Millionen. Ebenso überwiegt die englische Wareneinfuhr aus Britisch-Südwestafrika und Ägypten bedeutend die deutsche Einfuhr nach diesen Ländern. England hat also nicht die mindeste Ursache, an dem Zustande des friedlichen Wettbewerbes irgend etwas verändert zu sehen!

Da wir gerade die Frage der Einfuhr und Ausfuhr behandeln, seien auch gleich einige Zahlen angeführt, die die absolute Bedeutungslosigkeit unserer bisherigen Weltpolitik beweisen. Die deutsche Ausfuhr hatte im Jahre 1904 einen Gesamtwert von 5815 Millionen, wogegen wir nach unseren Kolonien nach den Zahlen des Nautikus-Jahrbuches nur Waren im Werte von wenig über 32 Millionen Mark ausfuhrten. Die Ausfuhr nach unseren Kolonien betrug also nur den 100. Teil unseres Gesamtexportes, wozu noch kommt, daß der weitaus größte Teil dieser Warenmengen von den uns so kostspieligen Beamten und Militärbesatzungen der jamaikanischen Kolonien verbraucht wurde! Bedenkt man noch, daß uns allein der Kolonialkrieg in Südwestafrika bisher mehr als 250 Millionen Mark gekostet hat, so ergibt sich zur Evidenz die Sinnlosigkeit dieser Sorte von Weltpolitik. Eine andere Art von Weltpolitik zu treiben verbietet uns aber gerade die Rücksicht auf die anderen Mächte, die bereits alle wertvolleren Gebietsteile mit Beschlag belegt haben.

Wie aussichtslos aber alle unsere Bemühungen bleiben müssen, jemals eine Marine zu erhalten, die der englischen Marine die Spitze bieten könnte, beweisen gleichfalls die Zahlen des Nautikus-Jahrbuches. Danach besitzt England im Jahre 1905 32 vollwertige Linienfahrzeuge und 29 große Kreuzer, während Deutschland nur 16 vollwertige Linienfahrzeuge und 4 große Kreuzer besitzt. Im Jahre 1909 würde die Zahl der vollwertigen deutschen Linienfahrzeuge 24, die der Kreuzer 8 betragen, denen England 60 Linienfahrzeuge und 38 große Kreuzer gegenüberstellt. Die Zahlen beweisen wohl, daß Deutschland auch bei der strengsten Verschleuderung der vom Volke in Gestalt indirekter Steuern erhobenen Reichseinkünfte niemals hoffen könnte, sein Stärkeverhältnis gegenüber England wesentlich zu verbessern. Das reiche England, das das Hauptgewicht auf Seerüstungen legen kann, vermag ganz andere Summen für seine Flotte auszugeben, als Deutschland, das gleichzeitig auch als Landmacht an der Spitze marschieren will.

Aus alledem ergibt sich, wie notwendig es für die Arbeiterklasse ist, alle ihre Kräfte anzuspannen, um möglichst bald einen derartigen Einfluß auf die politischen Verhältnisse Deutschlands zu erlangen, daß der unheiligen Welt- und Flottenpolitik so rasch als möglich ein Ziel gesetzt wird!

Betrachtungen über den Blühensceprozeß.

In zwei aufeinanderfolgenden Nummern der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlichte soeben Oberarzt Dr. Rönkemöller in Donauwörth Betrachtungen von großem Interesse, in denen er das Ergebnis seiner Erfahrungen im Blühensceprozeß zusammenfaßt.

Er betont zunächst die allgemeine Bedeutung des Prozesses, in welchem „eine ganze Reihe von Fragen in die Oeffentlichkeit gebracht wurden, die seit Jahrzehnten die Gefängnisärzte, Psychiater, Juristen und Strafsängnisbeamten in hohem Maße beschäftigt haben.“ Als einen Umstand, welcher die Wirkungen der im Prozeß zugrunde getretenen Lehren abzuwachen geeignet sein kann, bezeichnet Dr. Rönkemöller mit Recht die Tatsache, daß der Prozeß von vornherein zu einem politischen gemacht worden war; daher hätten die meisten bürgerlichen Wähler nur unvollkommene und verstümmelte Berichte gebracht und in ihren Besprechungen manchmal die unglücklichsten Verstandnislosigkeit für den guten Kern der Sache zutage gefördert. Wenn gleichwohl durch den Prozeß die Reformen des Strafvollzuges, die lange in dem Sumpfe der Theorie ihr Dasein fristeten, nun in ein wenig auch noch so langsames Fahrwasser geraten sollten, so können die bürgerlichen Parteien nur bedauern, daß sie sich hierbei den Wind aus den Segeln nehmen ließen.

Weiter behandelt Dr. Rönkemöller sehr treffend die schwierige Stellung der Sachverständigen vor Gericht in derartigen Prozessen. Er kennzeichnet die Stellung, die sich von selten des Gerichtshofes wie ein Rechtsausmaß aller Herabsetzung, was dem fachverständigen Munde entquoll.“ Und er fährt zu diesem Kapitel weiter aus:

„Die größten Selbstverständlichkeiten psychiatrischer Lehren und Erfahrungen mußten mit einer Energie verschoben werden, als wären die Interessen der Sachverständigen durchaus solidarisch mit denen der Angeklagten. . . Nachdem einmal die ganze Reformidee auf der sterilen Basis des Verleumdungsprozesses abgehandelt werden mußte, blieb nichts anderes übrig, als mit dem kümmerlichen Rohstoffe des Kunstfleckens zu hantieren, anstatt erklären zu dürfen, inwiefern die Zustände in Blühensce sich mit allgemeinen psychiatrischen Grundgesetzen decken, geschweige denn, ob sie den Postulaten entsprechen, wie sie für einen Strafvollzug der Zukunft als Ideal gelten.“

Weiter behandelt der Donauwörther Oberarzt ausführlich die Fälle Ellaroff und Groffe. Er hält alle seine Äußerungen, die er als Sachverständiger vor Gericht gemacht hat, im vollsten Maße aufrecht. Aus der Fülle der eindrucksvollen Darlegungen, die Dr. Rönkemöller macht, können wir hier einiges von besonderer Wichtigkeit herausheben. Er fährt aus:

„Nimmt man als Kriterium an, daß an jemand eine Strafe nicht vollzogen werden kann, der kein Verständnis für sie hat, so trifft es sicherlich bei Groffe zu. Bei ihm trat ein solcher ethischer Tiefstand zutage, daß er in den Blanzzeiten der Moral insanity sicherlich dieser Diagnose nicht entgangen wäre, und für Schuld und Strafe äußerlich er ein derartig geringes Verständnis, daß er von den Anwaltsgewissen, die hierfür sehr treffende Worte fanden, als Ausnahme von den anderen Gefangenen bezeichnet wurde. Daß diese ethische Verümmerung mit dem schlechten Charakter der Verbrecher überhaupt in eine Linie gestellt wurde, ohne den Gedanken an eine psychische Absonderlichkeit nachzugeben, darf und kann bei dem Ideentiefen des Gefangnisses nicht wundernehmen.“

Verlangt man für einen psychisch abnormen Menschen, der durch seine Strafezeit durchgebracht werden soll, daß es dann wenigstens verheißt werden soll, daß er für Strafbüchsenstrafen diszipliniert werden und daß er keine weiteren Einbußen an seiner geistigen Gesundheit erleiden darf, so wurde auch diese Forderung bei ihm nicht erfüllt; mehrfach wurde er für seine epileptischen Erregungszustände bestraft und eine Anzahl von Weintrübungs- und sonstigen Wahnsinns- und Sinnesänderungen mußten den Verdacht erwecken, daß bei ihm eine Paranoia in der Entwicklung begriffen sei, zumal auch seine zahlreichen Eingaben äußerlich vollkommen in Inhalt und Form sich mit den Anfangsprodukten unserer Quersüchtigen deckten.

Wie schwer es in den Detentionen anfallen ist, psychisch erkrankte Gefangene vor Disziplinarstrafen zu schützen — mag es nun an der Schwierigkeit der Erkenntnis oder an der sonstigen Macht der Verhältnisse liegen —, das haben sowohl der Fall Ellaroff als auch der Fall Groffe bewiesen. Leppmann meinte zwar, in der Irrenanstalt werde auch diszipliniert, man nenne es nur isolieren. Ich kann nicht glauben, daß Leppmann diese Äußerung, die sich in so ungeheuren Gegensatz zu dem allgemeinen psychiatrischen Denken stellt, nachträglich vertreten möchte. Mag man auch sagen, daß es äußerlich schwierig sei, eine scharfe Grenze für die Disziplinarstrafen zu ziehen, und daß viele Grenzfälle die Strafen ruhig vertragen, mag die Sache auch in 100 Fällen gut gehen und der Betreffende keine merkbare Einbuße erleiden — in der Hand hat man eine Psychose bei einer derartigen Strafe nie, und die meisten Strafk-

heiten werden durch eine solche Strafe auf das allerempfindlichste geschädigt.

In trüblicher Beleuchtung, wenn auch nur ganz leicht angedeutet, erschien ein weiterer, auch bei solchen Gelegenheiten oft hervortretender Uebelstand: die lange Dauer, die nach erkannter Geisteskrankheit und aufgehobenem Strafvollzuge erforderlich ist, bis der Betreffende in die Irrenanstalt übergeführt werden kann (bei Ellaroff mehrere Wochen). Der Kranke ist nicht mehr im Strafvollzuge, bleibt aber im Gefängnisse, wenn auch im Lazarett, während der heilige Bureaucratismus (Ermittlung der Ortsangehörigkeit, Verhandlungen mit den zuständigen Behörden) seine müden Hände regt. Daß eine provisorische Unterbringung in einer rein psychiatrisch geleiteten Anstalt so lange ermöglicht wird, bis die leidige pekuniäre Frage geregelt ist, das müßte doch unter allen Umständen erreicht werden können. . .

Zusammenfassend sagt Dr. Rönkemöller: „Wenn ich mir gestattet habe, auf diese meist uralten Postulate der Psychiatrie, die in Blühensce nicht oder doch nur unzureichend zur Erfüllung gelangten, hinzuweisen, so muß ich durchaus betonen, daß es mir völlig fern liegt, den Beamten von Blühensce auch nur den geringsten Vorwurf zu machen. . . Es muß ja als ausgeschlossen gelten, daß zwei Ärzte diese vielen psychiatrischen Aufgaben (ganz abgesehen von dem sonstigen ärztlichen Dienste und der üblichen Last des Schreibewerks) in einer Anstalt erfüllen konnten, die im Durchschnitt einen Bestand von etwa 1300 Köpfen bei einem ziemlich lebhaften Wechsel hat. Wie soll eine auch nur annähernd genügende Unterbringung bei der Aufnahme zustande kommen, wenn täglich etwa 30 Neuaufnahmen untersucht werden sollen, und wenn dem Arzte die Strafsakten und die eventuellen Ergebnisse ärztlicher Beobachtung im Untersuchungsgefängnisse nicht zu Gebote stehen, oder nur nach einer privaten Abmachung ihm zugänglich werden, wie es zuletzt in Blühensce gehandhabt wurde. Kann er überhaupt bei einer derartigen Zahl von Isolierten bei regelmäßigen Besuchen ihnen eine solche Zeit und eine Untersuchung widmen, um eine wesentliche, psychische Verschlechterung zu entdecken? Wie kann er sich bei der großen Anzahl von verhängten Disziplinarstrafen ein ausreichendes Bild von dem Seelenzustande des zu Bestrafenden machen, wenn ihm täglich etwa 60 Gefangene zur körperlichen und geistigen Untersuchung vorgeführt werden, wenn er nicht über alles, was mit den Suspekten (Verdächtigen) passiert, auf dem Laufenden gehalten wird, und wenn die schriftstellerischen Elaborate gerade solcher Elemente, die in den Personalakten eben, nicht eo ipso (ohne weiteres) vor seine Augen kommen? Wie soll er in einem Lazarett beobachten, in dem die ständige Beobachtung fehlt? (Vor allem nichts durch eine Wache, die den Beobachtungssaal nicht verläßt.) Und Krankengeschichten, die ja nicht nur für die Psychiatrischen, sondern auch erst recht für die Verdächtigen geführt werden müßten, erfordern denn doch, wenn sie über den Rahmen des Psychosenbuchs herauswachsen sollen — und das müssen sie —, ein anderes ärztliches Material, als es bis jetzt zu Gebote stand.“

Um eine solche Arbeitsleistung nur einigermaßen mit ersprießlichem Erfolge zu krönen, dazu genügt nicht die enormste Erfahrung, nicht der genialste Blick, nicht die größte Routine und das phänomenalste Gedächtnis, wenn nicht eine genügende Anzahl von Herzten eine Arbeitsleistung erbracht. Ist in psychiatrischer Beziehung nicht das geleistet worden, was wünschenswert gewesen wäre, so sind die Ärzte durch die Macht der Umstände mehr als entschuldigt.

Manches ist schon nach den „Entwürfen“ besser geworden, das Reglement ist zum Teil in sinnvoller Weise geändert worden, als Abzug für Blühensce wird eine Irrenanstalt geplant, für die Irrenanstalt in Brandenburg ist eine Behandlung „minderwertiger“ Elemente nach einem kolonialen System ins Auge gefaßt. Sollte diesen lichten Wünschen am Himmel des Strafvollzuges die Sonne einer durchgreifenden Reform folgen? Die Psychiatrie erhebt dafür ihre Hände bittend zum heiligen Nikos.“

Der liberale Scheinsegen.

In Ergänzung der Ausführungen unseres gestrigen Leitartikels über die bayerischen Wahlen wird uns aus Nürnberg geschrieben:

Wie schon durch Telegramm bekannt geworden, ist im Wahlkreise Nürnberg die Sozialdemokratie, die ihn seit 12 Jahren mit vier Abgeordneten im Landtage vertrat, bei den Wahlen am 10. Juli gegenüber dem vereinigten bürgerlichen Wahlmach unterlegen. Das definitive Resultat nach Erledigung einiger Nachwahlen ist nimmere, daß 107 sozialdemokratische und 150 liberale Wahlmänner gewählt wurden.

Der Wahlmach hat jedoch keine Ursache, sich seines Sieges zu rühmen, denn es ist kein Sieg, der moralische Sieg ist auf Seite der Sozialdemokratie; die Tatsache, daß sie die vier Landtagsmandate an die vereinigten bürgerlichen Parteien abgeben muß, ist weiter nichts als ein eklatanter Beweis für die himmelschreiende Ungerechtigkeit des bayerischen Wahlsystems, an dessen Fortbestand die Liberalen und ihre bauernbühlerischen und konserватiven Verbündeten die alleinige Schuld tragen.

Ein Vergleich der Wahlsysteme tut in der drastischsten Weise dar, wie bei diesem System der Volkswille vergeblich wird. Bei der letzten Wahl im Jahre 1900 erzielte die Sozialdemokratie, mit der damals die Demokraten verbündet waren, mit circa 18 000 Stimmen 170 Wahlmänner, die vereinigten Liberalen mit circa 10 000 Stimmen 87 Wahlmänner. Am 10. Juli d. J. fielen im ganzen Wahlkreise circa 22 000 Stimmen auf die Wahlmänner der Sozialdemokratie und circa 15 500 Stimmen auf die vereinigten bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratie hat also um rund 4000 Stimmen zugenommen und circa 7000 Stimmen mehr als die Gegner, um trotzdem den 100 bürgerlichen Wahlmännern nur 107 sozialistische Wahlmänner gegenüber zu stellen. Daraus erhellt zur Genüge, wie ehe noch unsere Niederlage ist und wie wenig der Wahlmach Ursache hat, über seinen „schönen Sieg“ Jubelstürmen anzustimmen. Nicht die „liberale Stoßkraft“ hat ihm den Sieg gebracht, nicht die „Wiedererweckung des liberalen Gedankens“, sondern einzig und allein das bestehende Wahlrecht, das durch die von der liberalen Stadtverwaltung vorgenommene parteiische Wahlbezirkseinteilung noch mehr verstärkt wurde. Einige Beispiele mögen das erläutern. In einem Bezirk wählten 172 bürgerliche gegen 88 sozialistische Wähler 7 Wahlmänner, in einem Vorstadtbezirk 1027 sozialistische gegen 128 bürgerliche Wähler nur 3 Wahlmänner, in einem anderen Vorstadtbezirk wurden von 1488 sozialistischen Wählern gegen 126 bürgerliche Stimmen 4 Wahlmänner gewählt usw. In den meisten 6- und 7männigen Wahlbezirken siegte die bürgerliche Liste mit wenig mehr als 300 Stimmen, vielfach gegen ansehnliche Widerheiten, zum Teil handelte es sich nur um einen Unterschied von wenigen Stimmen. Die Wahlzeit war auf die Zeit von 8—4 Uhr bemessen. Mehr als ein Duzend Vorstadtbezirke hatten über 2000 bis 4500 Wähler, die selbstverständlich in dieser kurzen Zeit ihr Wahlrecht nicht sämtlich ausüben konnten. In einem Bezirk mit 4500 Wählern konnten nur 1165 Mann abstimmen. Um 4 Uhr sollten die Türen des Wahlschloßes abgeschlossen werden, was aber nicht möglich war, weil die Gänge, der Hof und die Straße noch dicht mit Tausenden von Wählern angefüllt waren. Die sozialdemokratischen Vertrauensleute riefen, auf die weitere Ausübung des Wahlrechts unter Vorbehalt des Protestes zu verzichten; der Wahlvorsteher erholte sich telephonisch Instruktion von dem magistratischen Leiter der Wahl, einem liberalen Rechtsrat. Der Mann antwortete zurück, er solle die Türen schließen und nur die noch im Wahlschloß anwesenden Wähler zur Wahl zulassen; wenn die Polizei nicht genüge, so werde er weitere Mannschaften schicken. Man schien also einen keinen Aufruhr provozieren zu wollen. Der Wahlvorsteher entschied sich endlich dafür, den Wahlschloß überhaupt zu schließen, über 8000 Wähler konnten nicht mehr abstimmen. Nebenbei ging es in einer Anzahl anderer Bezirke, so daß man getrost annehmen

lann, daß Tausende Sozialdemokraten an der Abstimmung verhindert wurden.

Diese und andere Vorgänge werden neben der famosen, auf die Zerteilung der Sozialdemokratie berechnete Wahlbezirksunterteilung die Grundlage eines Wahlprotestes bilden, der nicht ohne Erfolg bleiben kann.

Der Lübecker Wahlrechtsraub.

Ueber die von der Kommission noch schamlos vergrößerte Wahlrechtsvorlage lesen wir noch in unserem Lübecker Bruderorgan: 1. Der 1200 W.-Stimmwert bleibt bestehen. 2. Die Steuerergänzung für die Klaffenabteilung wird auf 2500 M. erhöht. 3. In Klasse I wählen alle wahlberechtigten Bürger des Lübecker Freistaates 30 Vertreter nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. 4. In Klasse II wählen die Bürger mit mehr als 2500 M. Einkommen nach relativem Mehrheitsystem 90 Vertreter (75 für die Stadt Lübeck und 15 für das Landgebiet). Die Wähler mit einem Einkommen über 2500 M. haben also in Klasse II ein viel gewichtigeres Wahlrecht als die niedriger Besteuerten, wählen aber trotzdem in Klasse I auch noch mit, haben also außerdem ein doppeltes Wahlrecht. 5. Das Wahlrecht wird mit dem vollendeten 25. Lebensjahre erworben (analog dem Reichswahlrecht). Damit wird das Wahlalter vom 21. auf das 25. Jahr hinaufgeschraubt! — Es ist nicht möglich, in wenigen Worten das zu sagen, was auf diese „Reformvorschläge“, die anscheinend zur Verbesserung der Volksherrschaften gemacht worden sind, ausgeführt werden muß. Die Vorschläge für die russische Verfassung, welche von dortigen Reaktionen ausgehen und den Semstwo bekämpfen werden, bewegen sich in denselben Bahnen und haben anscheinend unseren „Republikaner“ als Muster gedient. Den Leuten, die sich in schwerer Arbeit für die Kapitalisten abschaffen und abradern müssen, will man das Wahlrecht überhaupt nehmen; sich selbst, d. h. den Besitzenden, gibt man ein doppeltes Wahlrecht. Es lebe die Gerechtigkeit!

Ueber die Afrika-Sperrtour

unserer bürgerlichen Abgeordneten spottet die „Nölnische Volkszeitung“. Nicht sei lächerlicher, als wenn die Abgeordneten, die als Gäste der Firma Doermann Lugo und Kamerun demnächst einen Ferienbesuch abstatten wollen, sich später etwa gar als Kolonialkammer aufspielen wollten. Statt in Lugo und Kamerun Studien zu machen, sollten sie lieber nach Südwafrika gehen und sich dort von der Trostlosigkeit der dortigen Verhältnisse überzeugen. Wie die Verhältnisse dort lägen, erhelle aus der Tatsache, daß dort das Trinkwasser zu dem Preise von 40 M. pro Kubikmeter aus dem Kaplande herbeigeschafft werden müsse, daß dort von 12 000 hinübergeschafften Pferden bereits über 10 000 verendet seien. Das Studium dieser Kolonie, die uns jährlich wohl 35—40 Millionen Mark zur Verzinsung der Auslandsanleihen und fernere 10—15 Millionen Mark jährlich an Pensions- und Invalidenfondszugang koste, sei entschieden interessanter, als der Abscheu nach Lugo und Kamerun.

Der Spott der „Nölnischen Volkszeitung“ ist nur zu berechtigt, aber das ultramontane Blatt sollte nicht vergessen, daß gerade das Zentrum die Hauptstütze jener Kolonialpolitik geworden ist, die jetzt dem deutschen Volke so ungeheure Lasten aufbürdet. Hätten die Zentrum-Abgeordneten, statt die Kolonialforderungen blindlings zu bewilligen und die ganz uninnige Welpolitik spornfroh mitzumachen, erst selbst die nötigen Kenntnisse über unsere Kolonien gesammelt, so wären dem deutschen Volke die Hunderte von Millionen erspart geblieben, die so für wertlose Sandwästen und Stiebelöcher zum Fenster hinausgeworfen werden! —

Ausland.

Gemeinderatswahlen in Holland.

In diesen Tagen fanden in ganz Holland Gemeinderatswahlen statt, an welchen unsere Partei sich in allen größeren Orten beteiligte. Ein Drittel aller Gemeinderäte scheidet aus. Das Gemeindevahlrecht ist noch beschränkter als das politische, und außerdem ist die Wirkung des ganzen Wahlsystems so, daß in den großen Städten das Wahlrecht wieder beschränkter ist als in den kleineren Orten. Nun mangelt es in den kleineren Orten oft an geeigneten Kandidaten, während in den großen Städten, wo es an geeigneten Kandidaten nicht fehlt, die Wählerschaft in großer Mehrheit aus bürgerlichen Elementen besteht. Daher sind große Erfolge, wie die Eroberung ganzer Gemeindevertretungen noch ausgeschlossen und ist es schon ein großer Erfolg, wenn wir in den größeren Städten einige Sitze erobern können.

In Amsterdam, wo der Gemeinderat 45 Mitglieder zählt und also 15 austreten mußten, ward im III. Kreis der austretende Sozialdemokrat Henri Polak mit 4147 von 6862 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Polak fand die Unterstützung eines Teils der Freisinnigen. Der zweite sozialdemokratische Kandidat Loopuit bekam 3121 Stimmen. Es fehlten ihm nur 8 Stimmen für die absolute Mehrheit. Loopuit kommt in die Stichwahl mit dem Liberalen Van Hierop, einem der Vorgesetzten der liberalen Partei, der 2824 Stimmen holte.

In seinen der anderen Amsterdamschen Kreise hatten wir unmittelbaren Erfolg. In II bekam unser Genosse Fortuyn 606 Stimmen, während der Liberale mit 642 in die Stichwahl kam. In IX hatte Genosse Wliegen 1970 Stimmen, nur 59 weniger als der Liberale, der mit dem Freisinnigen in die Stichwahl geriet. Im ganzen belanden unsere Kandidaten in der Stadt 9200 Stimmen von 33 448, welche überhaupt abgegeben wurden.

In Rotterdam erhielt im Kreis I unser Genosse Spielman 1885 Stimmen, Genosse Hermans 1804. Beide stehen in Stichwahl gegen einen Liberalen und drei Liberale. Genosse Spielman, der vor zwei Jahren hinausgeworfen wurde infolge der Reaktion, welche auf den Generalstreik folgte, wird seinen Sitz jedenfalls wiedererlangen. Im II. Kreise steht Genosse Selbdingen mit 1258 Stimmen in der Stichwahl. Im ganzen belanden wir in Rotterdam 3500 Stimmen von 18 500. Das ist doppelt soviel wie in 1903.

Im Haag steht im I. Kreise Genosse Ter Laan in der Stichwahl mit 1089 Stimmen. Wahrscheinlich wird er über seinen liberalen Gegner siegen, womit auch der erste Sozialdemokrat seinen Eintritt in den Gemeinderat der Hauptstadt vollzöge. Im ganzen holten wir im Haag 2300 von den 9700 abgegebenen Stimmen.

Feiner sind in Arnheim 2 austretende Genossen im ersten Wahlgang gewählt, in Enschede 1 neuer Sitz gewonnen, ebenso in Zeewoerden. In Stichwahl stehen noch Genossen in Groningen 2, in Hulst 1, in Utrecht 2, in Schoterland 3, in Maastricht 2, und feiner eine Anzahl in kleineren Orten.

Diese Wahlen deuten im ganzen Lande auf hoffnungsvolle Fortschritte der Partei.

Uebrigens drängen überall in den Städten die Freisinnigen die Liberalen etwas zurück. Der einzige Gemeinderat in einer größeren Stadt, der eine liberale Mehrheit hatte, der in Leiden, ist wieder durch die Freisinnigen zurückerobert.

Auswärtige Politik vor der französischen Kammer.

Paris, 12. Juli. Deputiertenkammer. In der heutigen Nachmittags Sitzung verlangt Millevoye (Nationalist) den Ministerpräsidenten bezüglich der Beziehungen Frankreichs zu den anderen Mächten zu interpellieren.

Roubier antwortete, er werde, sobald es die Umstände erlauben, die Mitteilungen darüber machen, die die Kammer interessieren können. Bei Wiederkunft des Hauses im Oktober werde er ein Gelbbuch verteilen lassen und die nötigen Erläuterungen geben.

Millevoye erklärt hierauf, daß er gegen diesen Ausschub nichts einzuwenden habe.

Die Kammer erörtert sodann die direkten Steuern. Denys Cochin (cons.) ersucht zuvor um einige Ausführungen über die auswärtige Politik und spricht die Ansicht aus, daß die

gegenwärtige Lage zu einer Abänderung dieser Politik führen könne. Bezüglich der Marokkofrage stellt Redner mit Verteidigung fest, daß Deutschland die besondere Lage anerkannt habe, die für Frankreich in Marokko bestehe. Er fügt hinzu: Wenn Frankreich die Allianz mit Rußland mit so großer Begeisterung aufgenommen hat, so geschähe es darum, weil sie uns eine Sicherheit gab. Niederlagen haben das russische Reich geschwächt, es war also ganz natürlich für Frankreich, das Entgegenkommen Englands anzunehmen. Das Marokko-Übereinkommen stellte in keiner Weise eine Herausforderung an Deutschland dar. Wir hätten das Recht, ihm davon keine Mitteilung zu machen. Redner billigt die Annahme der Konferenz unter der Bedingung, daß man auf dem Boden des französisch-englischen Übereinkommens bleibe, und spricht zum Schluß noch zugunsten der Selbstständigkeit Aretas. (Beifall rechts.)

Archdeacon (Nationalist) wünscht zu wissen, ob Rouvier die Politik Delcassés fortsetze oder ob er eine neue Politik in die Wege geleitet habe.

Roubier gibt hierauf keine Antwort. Hiermit ist die Generaldebatte zu Ende und die Kammer will in die Einzelberatung des Budgets der direkten Steuern eintreten. Deher (Soc.) verlangt, daß man vorher den Gegengewicht über die Einkommensteuer berate. Ministerpräsident Rouvier bekämpft diesen Antrag und stellt die Vertrauensfrage. Der Antrag wird hierauf mit 320 gegen 222 Stimmen abgelehnt. Es folgt sodann die Beratung über die direkten Steuern. —

Italien.

Militärischer Kampf gegen das Recht.

Rom, 8. Juli. (Fig. Ver.)

Das Dorf Arenzano, einer der schönsten Badeorte der Riviera di Ponente, befindet sich seit einigen Tagen in einer Art Belagerungszustand. Der ganzen Bevölkerung hat sich eine ungeheure Aufregung bemächtigt, weil plötzlich der ganze Ort mit Militär überschwemmt worden ist und eine private Aktiengesellschaft daran geht, die hauptsächlichsten Wasserquellen des Ortes für eine große Wasserleitung für Genua wegzuleiten. Es handelt sich um einen Akt der frechsten Vergewaltigung, der bereits im Jahre 1899 versucht worden ist und damals zu einem blutigen Volksaufstande führte.

Die auf dem Appennin oberhalb Arenzanos entspringenden Quellen sind Gemeindegut. Vor sechs Jahren erlangte die Aktiengesellschaft „Acquadrutto Figure“ durch allerhand Verbindungen vom Stadtrat aus die unentgeltliche Bewilligung der Gemeindequellen. Der Beschluß wurde vom Stadtrat aufgehoben, worauf ein Zivilprozeß zwischen der Gemeinde Arenzano und der Aktiengesellschaft begann. In erster Instanz siegte die Gemeinde, in zweiter die Aktiengesellschaft. Darauf — im April dieses Jahres — wollte diese den Bau beginnen und erbat dazu Militär (sic!), aber das Regierungspräsidium von Genua rief, die letzte Instanz abzuwarten. Die dritte Instanz gab nun der Aktiengesellschaft unrecht — trotzdem lande am vorigen Donnerstag der Präsekt von Genua Militär, um die Arbeiter zu beschützen, die das Reservoir bauen sollen. Man hat also erwartet, nicht auf das Urteil der Kassation, sondern einfach auf den Schluß der Kammer! Jetzt denkt man straflos einen Ort von fast 5000 Einwohnern um seine Existenzmöglichkeit zu bringen!

Direktor der Aktiengesellschaft, die ein Kapital von 4 1/2 Millionen Lire hat, ist ein großer Freund Giolittis und des Präsekten von Genua, ein gewisser Sbertoli, Schwiegerjohn des Admirals Bettola. Wenn sich die kapitalistischen Räuber nicht zurückziehen, so ist Blutvergießen unvermeidlich. Das Volk ist entschlossen wie im Jahre 1899 sein Recht mit Gewalt zu verteidigen. „Man mag uns allen Wein unserer Neben nehmen“, sagen die Leute, „aber das Wasser muß man uns lassen“. Es ist unerhört, daß solche Raubzüge gegen einen Ort im 20. Jahrhundert noch möglich sind! —

England.

Im Unterhause antwortete Premierminister Balfour auf eine Anfrage wegen eines Gerüchtes, daß ein ausländisches Syndikat im Süden von Wales Kohlenbergwerke zu erwerben suche, daß er auch von einem solchen Gerücht gehört habe, aber nicht sagen könne, ob es irgend eine Begründung habe. Es ist klar, sahr Balfour fort, daß wir nicht gleichgültige Zuschauer bei irgend welchen Transaktionen bleiben können, die einem ausländischen Syndikat oder Regierung die einzigen Quellen der Bewegungsfähigkeit unserer Schiffe ausschänden würden, und ein solches beispielloses Vorgehen würde eine außerordentliche Behandlung nötig machen. —

Keith Hardie, Mitglied der Arbeiterpartei, drängt die Regierung, dafür zu sorgen, daß ein Gesetz eingebracht werde, das sich mit den Arbeitelosen beschäftigt, aber der Premierminister lehnt es ab, über diesen Gegenstand eine Zusage zu geben. Hardie erklärt darauf, daß dies Gesetz höchst wichtig sei, und wenn es in dieser Session nicht eingebracht würde, würde es Revolution und Unruhestörungen geben, und er hoffe, daß es dazu kommen möge. Diese Bemerkung rief bei den Ministeriellen Protestrufe hervor, worauf Hardie ausrief: „Gut gesättigte Tiere können schreien, aber was ich sage, ist wahr!“ —

Asien.

Eisenbahnen für die Philippinen. Die Vorarbeiten für die Eisenbahnbauten auf den Philippinen sind beendet, und die Bauten selbst werden bald ihren Anfang nehmen. Der Kriegssekretär Taft, der sich gegenwärtig auf der Reise nach den Inseln befindet, gab vorher das Programm bekannt und forderte zu Angeboten für die Ausführung der Pläne auf. Es sollen Linien in einer Länge von 1283 Meilen (englisch) gebaut werden, natürlich nur auf den größeren Inseln; Luzon, die größte und bedeutendste erhält 833 Meilen, Panay 100, Negros 100, Cebu 95, Leyte 55, Samar 50. Alle wichtigen Punkte werden durch die Eisenbahnen verbunden sein und die Schiffslinien zwischen diesen Punkten vervollständigen das Netz für den Verkehr. Auf Luzon soll in fünf Jahren die Bahn fertig sein und der Verkehr beginnen. Die Regierung garantiert für die erste Zeit, bis zu 30 Jahren, 4 Prozent Zinsen an den Eisenbahnfonds. — Der rastlose Geschäftseifer der Amerikaner ist an der Arbeit, alle Verhältnisse auf den Philippinen umzugestalten und allerlei Neuerungen einzuführen, um sich die Philippinen nutzbar zu machen. Von Bedeutung sind die vielen Schulen, die aller Orten gegründet werden. Unter der Herrschaft der Spanier waren weder Eisenbahnen noch Schulen möglich.

Afrika.

Niederlage des marokkanischen Präsidenten. Gadjahmed el Torres, der Vertreter des Sultans in Tanger, erhielt ein Telegramm, das einen glänzenden Sieg der italienischen Truppen über die Anhänger des Präsidenten in der Nähe von Ibbda meldet. Der Präsident entkam, doch ließ er auf dem Schlachtfeld viele Tote und Verwundete zurück. —

Der Krieg in Ostafien.

Zur Befreiung Sahalins

melbet General Pinetovich in einem Bericht vom 10. Juli folgendes: Am 9. Juli verteilte sich zwei japanische Kompanien, aus der Gegend von Jalgungden kommend, unseren bei Chimaofse stehenden Vorposten. Nachdem diese Verstärkung erhalten hatten, zwangen sie den Gegner durch Geschützfeuer zum Rückzuge.

Laut eingegangenen Meldungen ist die Militärstation Korakotow, nachdem sämtliche von Kowik herkommenden Patrouillen verschossen waren, aufgegeben worden. Die feindliche Flotte eröffnete das Feuer auf die Station. Die Küstengeschütze wurden gesprengt, alle Vorratskammern abgebrannt. Auch in der besetzten Stellung von Solowienka wurde die Abtheilung durch japanische Torpedoboote beschossen und zog sich nordwärts zurück.

China und der Friedensschluß.

Peking, 12. Juli. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die chinesische Regierung hat kürzlich sowohl die russische und japanische wie auch die anderen Gesandtschaften in Peking davon in Kenntnis gesetzt, daß sie sich weigern würde, irgend welche Abmachungen bei der Friedens-Konferenz anzuerkennen, wenn chinesische Interessen in Frage kämen, ohne daß China dabei zu Rate gezogen wäre. Die japanische Regierung habe darauf höflich aber deutlich geantwortet, daß obige Note in keiner Weise Japans Pläne oder Handlungen beeinflussen würde. Von der russischen Regierung ist noch keine Antwort eingegangen.

Keine Kriegsentwädigung?

Petersburg, 11. Juli. („Laffan“-Meldung.) Aus zuverlässigster Quelle erfährt das Blatt „Slowo“, bei einer Konferenz der leitenden russischen Staatsmänner sei man zu der Ansicht gelangt, es würde möglich sein, Frieden ausschließlich auf der Basis territorialer Zugeständnisse und Abmachungen mit Japan ohne Zahlung einer Kriegsentwädigung zu schließen. Das Blatt fügt hinzu, die amerikanische wie die englische Regierung erwartete, auf dieser Basis würde Frieden geschlossen werden.

Aus der Partei.

Die Prehkommission des „Hamb. Echo“ erstattet in der letzten und vorliegenden Nummer des „Echo“ ihren Bericht für das Geschäftsjahr 1904/05.

Die Entwicklung des Geschäftes ist auch in diesem Jahre eine erfreuliche gewesen. In der Buchhandlung hatte sich die weitere Anstellung eines Buchhandlungsgehilfen notwendig gemacht. Zur schnelleren Fertigstellung der Gewerkschaftsblätter sowie des „Hamburger Echo“, deren Auflagen eine ständige Steigerung aufzuweisen haben, machte sich die Anschaffung einer neuen Rotationsmaschine nötig; ebenso wurden zur Erledigung gesteigerter anderer Druckaufträge zwei weitere Druckmaschinen in Bestellung gegeben, zur raschen Fertigstellung des Satzes eine weitere Schmalzmaschine.

Auf das Ersuchen der Gewerkschaftshauskommission beriet die Kommission darüber, ob und in welcher Weise das Projekt zu unterstützen sei. Nach einer Beratschuldung mit den Firmenträgern, die ihre Zustimmung zur Bewahrung einer finanziellen Unterstützung gegeben, wurde beschlossen, sich als Firma mit zu beteiligen und hierfür 50 000 M. bewilligt, wofür die Firma staus Gesellschafter stellt.

Der bedauerliche Zwist zwischen Lokal- und Zentral-Organisation griff leider auch in die Spalten des „Echo“ über.

Die Prehkommission erachtete es für ihre Pflicht, die Redaktion in ihrem Bemühen zu unterstützen, aus den Verichten geschäffte und beleidigende Angriffe gegen einzelne Personen sowie gegen die sich belämpfenden Organisationen auszumergen und wies alle Beschwerden, die aus diesem Anlaß gegen die Redaktion gerichtet wurden, zurück.

Zu ihren Anzeigen im „Hamburger Echo“ glaubten die Betreffenden sich keinerlei Zwang auferlegen zu brauchen.

Der Lokalverein der Zimmerer bezeichnete z. B. die vom Zentralverband der Zimmerer in Nr. 210 des „Hamburger Echo“ belamutgegebenen Tatsachen als eine „Fälschung“ und „ganz gemeine Verleumdung“.

Durch die Gründung eines Kartells der lokalorganisierten Gewerkschaften, dem sich auch die „Freie Vereinigung der Maurer Hamburgs“ anschloß, wurde es auch dieser Vereinigung ermöglicht, unter der Firma des lokalen Kartells den Annoncenteil des „Hamb. Echo“ für ihre Zwecke zu benutzen. Von den lokalorganisierten wurden Sperren verhängt, deren Verchtigung von den Verwaltungen der Zentralverbände entschieden bestritten wurde; weil lokalorganisierte von den Arbeiten beim Bau des Hamburger Gewerkschaftshauses (zu dessen Erbauungskosten doch einzig und allein die zentralen Gewerkschaften beitragen) zurückgewiesen wurden, mutete man der Expedition zu, eine Sperrannonce über den Bau des Gewerkschaftshauses aufzunehmen.

Aus vielen Vorankommnissen erah die Prehkommission, daß es sich bei den Differenzen zwischen lokalorganisierten und den Zentralverbänden nicht lediglich um einen Streit um die Organisationsform drehte, in welchen sich einmündigen die Kommission von vorn herein abgelehnt hat, sondern daß die Streitigkeiten auch auf das wirtschaftliche Kampfgebiet übertragen wurden und eine einheitliche Führung des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind bei weiterer Fortentwicklung der Dinge unmöglich gemacht würde.

Die Prehkommission ist der Meinung, daß es Aufgabe der Arbeiterpresse ist, für eine einheitliche Führung des Kampfes sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete unausgesetz zu wirken und allen Versuchen, diese Einheitlichkeit des Kampfes zu verhindern, energisch entgegenzutreten.

Es kann nicht Aufgabe der Prehkommission sein, zu untersuchen, ob von lokalen Gewerkschaften verhängte Sperren in diesem oder jenem Falle ihre Berechtigung haben; die Kommission will dies nicht betreten, sie ist jedoch der Ueberzeugung, daß, wenn dies der Fall ist, auch die zentrale Organisation in dem betreffenden Bereiche sich keinen Augenblick weigern wird, solch eine wirklich berechtigte Sperre ohne weiteres anzuerkennen.

Um den traurigen Zustand der gegenseitigen Belämpfung der Arbeiter auf dem wirtschaftlichen Kampfgebiete nicht auch noch durch das hiesige Arbeiterblatt, das „Hamburger Echo“, zu fördern, beschloß die Prehkommission in ihrer Sitzung vom 10. November 1904: „Anzeigen bezüglich Verhängung von Sperren dürfen nur dann im „Hamburger Echo“ aufgenommen werden, wenn dieselben von der Zentralorganisation des betreffenden Gewerbes als berechtigt anerkannt sind und von dieser keine Einwendungen gegen die Aufnahme gemacht werden.“

Oberst Hüger und die Militärrechtspflege

vor der Dortmunder Strafkammer.

C., Dortmund, den 12. Juli.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Der Vorsitzende liest die Schreiben des preussischen und württembergischen Kriegsministeriums vor, welche die Frage der Zeugnisverweigerung behandeln. Das preussische Kriegsministerium hat unter dem 4. Juli d. J. den in der Strafsache gegen den Oberst Hüger zu vernehmenden militärischen Zeugen gemäß § 53 St. P. O. die Genehmigung zur Aussage insoweit erteilt, als dabei nicht die Fragen des ehrengerichtlichen Verfahrens und die von Vorgerichten ausgekelteten Zeugnisse und die dienstliche Qualifikation in Betracht kommen.

Es folgt die verantwörtliche Vernehmung des Angeklagten Oberst a. D. Hüger. Sie beginnt mit der Befprechung der Differenz zwischen dem Oberst Hüger und dem Hauptmann Schmahl wegen des verbotswidrigen Ruhens von Stahlfachen und Baumzeugen im Stall. Ebenso wird die Antwort des Generals von Wigandorf auf diese Beschwerde verlesen, in der die Beschwerde als teilweise berechtigt anerkannt wird.

Oberst Hüger befreitet, dem Hauptmann Schmahl bei dem Parolebefehl persönlich entgegengetreten zu sein. Die Beschwerde sei ungerichtet gewesen und mußte daher zurückgewiesen werden. Ferner hat man sich hinter meinem Rücken des Regimentsbefehls bemächtigt und einem Leutnant wurde befohlen, die betreffenden Stellen blau anzufärben. Es kommt dann zu

lebhaften Auseinandersetzungen

zwischen dem Vorsitzenden und dem Angeklagten Obersten Hüger. — Vorf.: Sie behaupten, der General von Wihendorff habe den Es wird dann die Frage des Ausgleichsversuchs erörtert. Nachdem am 14. Februar der Regiments-Tagesbefehl erschienen war, durch den sich Hauptmann Schmahl persönlich verletzt fühlte, kam der Kommandeur der ersten Abteilung des Regiments, zu der die dritte Batterie gehörte, als Vermittler Schmahls zum Oberst Hüger. Wie das darüber aufgenommene Protokoll besagt, ist bei der Vermittlung am 15. etwa in folgender Weise verhandelt worden: Major Feucht führte aus, daß der Hauptmann Schmahl sich durch den gestrigen Tages-Regimentsbefehl persönlich verletzt fühlte, weil durch diesen Befehl jedem Manne des Regiments bekannt gegeben sei, daß in seiner Batterie Unordnung herrsche. Zweitens fühle er sich in seinen dienstlichen Geschäften geschädigt, denn er kenne wohl die Bestimmung, daß im Stall nicht gepuht werden solle, aber einen speziellen Befehl kenne er nicht. Er halte sich jederzeit für berechtigt, bei schlechtem Wetter das Puhen im Stalle zu befahlen.

Oberst Hüger erwiderte hierauf: „Solche Monita werden vor der Front aus gegeben, und noch schärfer; ich sehe darin keine persönliche Verletzung.“ Hüger hat dann weiter gesagt: „Ich habe den Befehl auf Grund der Anweisung zur Fütterung der Dienstpferde gegeben, daß im Stall nicht gepuht werden solle; wenn ausnahmsweise Fälle eine Abweichung notwendig machen, so bestreite ich das Recht der Aenderung absolut nicht, ich verlange wenigstens davon Meldung. Sagen Sie dem Hauptmann Schmahl, ich lasse ihn bitten, die Sache persönlich mit mir zu besprechen, es würde sich dann noch ausgleichen, aber den Befehl ausheben kann ich nicht.“

Dieser Aufforderung zur persönlichen Besprechung kam Hauptmann Schmahl nicht nach, sondern beschwerte sich am nächsten Tage über seinen Regimentskommandeur.

Erster Zeuge ist der Generalleutnant von Wihendorff, der zur fraglichen Zeit Brigadefeldkommandeur war und später als Kommandant von Breslau zur Disposition gestellt wurde. Er bekundet, über den Obersten Hüger seien wiederholt Beschwerden eingelaufen, u. a. eine von 13 Offizieren, bei denen es nach der Ansicht des Generals ohne Zweifel war, daß sich Oberst Hüger im Anrecht befand. Er glaube nicht, daß er in der ganzen Sache irgend etwas getan habe, was partiell oder voreingenommen aussähe. — Vert. Rechtsanwalt Kohn-Dortmund: Warum haben sich die 13 Offiziere beschwert und wann? — Generalleutnant von Wihendorff: Ein Vierteljahr, nachdem Oberst Hüger zum Kommandeur des Regiments ernannt worden war, haben sich diese Offiziere über die Erschwerung des Turnunterrichts beklagt. — Erster Staatsanwalt Dr. Schulze-Sölde: Der Angeklagte hat Ihnen den Vorwurf der Rechtsbeugung und der Erlebigung zu seinen Ungunsten wider besseres Wissen gemacht. — Zeuge: Davon kann ganz gewiß nicht die Rede sein. Ich habe selbstverständlich nach bestem Wissen und nach bester Ueberzeugung gehandelt.

Angell. Oberst Hüger: Ich muß entschieden bestreiten, daß mir der Generalmajor von Wihendorff von der Erklärung des Hauptmanns Schmahl Mitteilung gemacht hat. — Zeuge von Wihendorff: Jawohl, ich habe ihm eine solche Mitteilung gemacht. — Angell: Ich weiß genau, daß Sie mir niemals von der entscheidenden Erklärung des Hauptmanns Schmahl Mitteilung gemacht haben. Der Brief war mit nur zum Teil bekannt. Im übrigen möchte ich noch bemerken, daß einmal eine Schießübung im Gelände abgefaßt wurde, weil der General von Wihendorff an einer Sirschjagd teilnehmen wollte. — Zeuge General von Wihendorff: Ich bestreite das.

Zeuge Hauptmann Freiherr von Mühlen war im Jahre 1886 Regimentsadjutant. Er bekundet, daß seines Wissens Oberst Hüger damals gesagt habe, daß die Verlegung erfolgt sei, damit der General bei der Sirschjagd dabei sein könne.

Es folgt nunmehr die Vernehmung des Hauptmanns Schmahl, dessen Beschwerde nach der Ausrufung des Generalobersten von Hahnke den Tropfen bildete, welcher das übervolle Maß der allgemeinen Mißstimmung gegen den Obersten Hüger zum Ueberfließen brachte. Er bekundet: Ich war zu damaliger Zeit gerade mit den Vorbereitungen zur Centennarfeier für Kaiser Wilhelm I. beschäftigt, als der Regiments-Parolebefehl verlesen wurde, daß sämtliche Fahrer der dritten Batterie im Stall mit Puhen von Stallsachen bzw. Jaumengen beschäftigt waren, wobei auch der Futtermeister zugegen gewesen sei. Ich war empört über die Formlosigkeit, in der mir hier der Vorwurf der Unordnung in meiner Batterie gemacht wurde. Ich war stets stolz auf meine Batterie und wollte mir niemals fagen lassen, daß ich in der Fürsorge für diese hinter anderen zurückfähe. Wenn Oberst Hüger etwas zu montieren hatte, so hätte er mindestens eine Form wählen müssen, die Hand und Fuß hatte. Ein bestimmter Befehl war nicht vorhanden, und ich mußte doch verlangen, daß solche Anordnungen in unzweideutiger amtlicher Form erfolgen, wie sich das gehört. Ich wußte von keinem Befehl, sondern nur von Wünschen des Obersten. Als Oberst Hüger unser Regiment übernahm, gerberete er sich so, als ob er uns das Glück brächte. Er wollte den Reformator spielen. Die Batterien und auch die meininge waren durchaus tadellos. Sie haben eine ruhmvollere Vergangenheit. Oberst Hüger kam mit einem Durcheinander von Vorschlägen und Befehlen, daß er selbst nicht mehr aus und ein wußte, ob es sich schließlich um einen Ratsschlag oder um einen Befehl handelte.

Es folgt dann die Vernehmung des Oberstleutnants und Regimentskommandeurs Feucht. Der Zeuge war zu damaliger Zeit als Major Kommandeur der ersten Abteilung, zu der die Batterie des Hauptmanns Schmahl gehörte, und suchte zwischen Oberst Hüger und Hauptmann Schmahl, wie schon erörtert, zu vermitteln. Er kann sich jetzt nach 8 Jahren auf die einzelnen Fälle nur noch wenig besinnen. Oberst Hüger habe ziemlich viel in die Details des Batteriebetriebes eingegriffen. — Angell. Oberst Hüger: Kennt der Herr Zeuge die Bestimmungen der Allerhöchsten Kabinettsorder vom November 1888? — Zeuge: Nein. — Angell: Wenn ihm diese Kabinettsorder nicht bekannt ist, dann kann er auch darüber kein maßgebendes Urteil abgeben. — Vorf. (mit erhobener Stimme): Darüber kann man auch ohne Kenntnis der Kabinettsorder entscheiden. Im übrigen liegt der Sinn der Kabinettsorder nicht in der Detaillierung der Bestimmungen, um die sich der Regimentskommandeur kümmern soll, sondern gerade in der Verbohrung der Freiheit des Batteriebetriebes.

Es wird hierauf noch eine Reihe von Regimentsbefehlen des Oberst Hügurs zur Verlesung gebracht. Hüger bestreitet heute, daß diese Befehle tief in die Details des Dienstes eingreifen. In einem Falle, so fährt Oberst Hüger weiter fort, hatte ich regelmäßige Wochungen der Mannschaften angeordnet. Das mag man ein Eingreifen in Details nennen, aber die Anordnung war notwendig, weil, wie ich erfuhr, die eingelieferten Mannschaften so schmutzig gewesen sind, daß das Lazarettpersonal sie nicht mehr anfassen wollte, wovon mir von den Ärzten Meldung gemacht wurde. (Bewegung.)

Generalleutnant von Wihendorff, über die Regimentsbefehle des Angeklagten befragt, meint, daß sie nicht klar genug zum Ausdruck brächten, ob es sich im einzelnen Fall um einen Befehl oder nur um Ratsschläge handle.

Nachdem noch der Hauptmann Schweizerbart über die Handhabung der Vorschriften im Regiment vernommen worden, der nichts wesentliches zu bekunden wußte, wurde die Verhandlung um 4 Uhr am morgen vormittag vertagt.

Soziales.

Dem Berliner Kaufmannsgericht. Das sie fünfmal zu spät gekommen und einige Male überhaupt unentschuldig aus dem Geschäft ferngeblieben war, wurde als Grund für die plötzliche Entlassung einer Buchhalterin angegeben, die in dem Zeitungsverhandlungsgeschäft von Köllische 1 für 60 Mark Monatsgehalt tätig gewesen war.

Den letzten Anstoß zur Entlassung hatte eine Handwunde der Klägerin, die sie, wie im vorigen Termin ein medizinischer Sachverständiger bekundete, tatsächlich arbeitsunfähig machte, gegeben und sie hatte sich damals auch rechtzeitig entschuldigt, so daß diesmal ihr Ausbleiben vom Geschäft nicht als Entlassungsgrund gelten konnte. Der Beklagte stellte im vorigen Termin den Antrag, seine Ehefrau als Zeugin über das Zuspätkommen der Klägerin zu vernehmen, und dies wurde auch dann vom Gericht beschlossen. Zum neuen Termin am 10. Juli war aber die Zeugin nicht erschienen und der Beklagte entschuldigte ihr Ausbleiben mit Schwangerschaft, hatte aber kein ärztliches Attest darüber beigebracht, konnte auch keinerlei bestimmte Angaben über das Stadium der Schwangerschaft machen, so daß der Gedanke an eine Absicht der Verschleppung des Prozesses nahe lag. Nach der weiteren Vernehmnehmung über die Urgründe der Entlassung kam das Gericht auf Grund der eigenen Aussagen des Beklagten zu der Ueberzeugung, daß das Fehlen und Zuspätkommen der Klägerin zu weit hinter dem Tage der Entlassung zurücklag, um als hinreichender Entlassungsgrund gelten zu können, und beurteilte den Beklagten, der Klägerin das verlangte Gehalt für zwei Monate zu zahlen.

10 M. Wochenlohn und 1 Proz. Provision vom Umsatz hatte nach Aussage des Beklagten und seiner als Zeugin geladenen Ehefrau die Leiterin einer Filiale des Möbelgeschäfts von Plettner zu beanspruchen. Die Klägerin behauptete jedoch, daß 3 Proz. vereinbart worden seien und gründete darauf den wesentlichen Teil ihrer Forderung von 29,98 M., ohne dafür genügend Beweise beibringen zu können. Dem Beklagten wurde vom Kaufmannsgericht der Eid für seine Behauptung zugesprochen und er leistete diesen Eid, so daß die Klägerin mit ihrer Forderung abgewiesen werden mußte.

Gewerkschaftliches.

Staatliche Vernichtung des Koalitionsrechtes.

Die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen erläßt in ihrem Amtsblatte folgende Warnung:

„In den letzten Monaten haben in Chemnitz, Dresden, Leipzig und so weiter mehrfach Arbeiter wegen Beteiligung an dem „Verbande der Eisenbahner Deutschlands“ (Hamburg) aus dem Staatsbahndienste entfernt werden müssen. Unter den entlassenen Arbeitern befanden sich leider mehrere Mitglieder-Vereiter und Vorstands-Mitglieder der Betriebskrank- und Arbeiterpensions-Kasse. Ein solcher Vereiter hatte es sogar mit seinen Pflichten als Arbeiter der Staatsbahn-Verwaltung für vereinbar gehalten, eine schließlich der polizeilichen Auflösung verfallene Versammlung von Mitgliedern jenes „Verbandes“ in Leipzig als Vorsitzender mit zu leiten. Mit der Tätigkeit der Arbeiter als Vorstandsmitglieder usw. der Betriebskrank- usw. Kasse steht die Entlassung in keinerlei Zusammenhang. Unter Hinweis auf die früher erlassenen Verbote warnt die Generaldirektion nochmals vor jeder Beteiligung am „Verbande der Eisenbahner Deutschlands“ und bemerkt, daß eine solche „unachtsamlich die Entfernung aus dem Staats-Eisenbahndienste“ zur Folge haben werde.“

Es handelt sich, wohlgemerkt, nicht um staatliche Verbote, sondern um Arbeiter, denen das Koalitionsrecht reichsgesetzlich gewährleistet ist, und denen es nichtsdestoweniger eine staatliche Behörde (!) rund herausnimmt. — Welch Vertrauen können die Arbeiter noch zu den Behörden haben, welche reichsgesetzliche Rechtsgarantien einfach mit einem Federstrich beseitigen?

Der Vorgang beweist auch aufs neue den innigen Zusammenhang des politischen und sozialen Lebens. Weil die Arbeiterklasse im sächsischen Klassenparlament nicht protestieren kann, streicht man ihr eines ihrer wichtigsten Rechte. Die einzig richtige und einzig mögliche Antwort der Arbeiterschaft darauf ist die Vermehrung der sozialistischen Reichstagswählerstimmen!

Berlin und Umgegend.

Die **Fahrschub-Unternehmer** sind jetzt während des Streiks bemüht, der Öffentlichkeit einzureden, daß die Fahrschubarbeiter so horrenden Löhne verdient haben, daß eine Aufbesserung gar nicht nötig und der Streik eigentlich aus reinem Uebermut angefangen sei. In ihren Streikbrecher-Inseraten versichern die Unternehmer, daß die Arbeiter pro Tag 10 M. verdient hätten. Von den Arbeitern wird entschieden bestritten, daß diese Angabe allgemein zutreffend sei. Uebrigens haben die Fahrschub-Unternehmer selbst ein Dokument dafür ausgestellt, daß in ihren Betrieben Stundenlöhne unter 40 Pf. verdient werden, und daß es Mittel gibt, bei etwaigen höheren Verdiensten den Arbeitern wenigstens einen Teil davon nicht auszuzahlen.

In der Arbeitsordnung eines Fahrschub-Unternehmers, die, wie uns versichert wird, in fast allen Betrieben gleichlautend ist, befindet sich folgende Bestimmung:

„Es hat kein Arbeiter, welcher vor Sonnabend abends vor Feierabend die Arbeit niederlegt oder aus irgend einem Grunde, welcher nicht genannt werden braucht, aus der Arbeit entlassen werden sollte, auch wenn dies nur einige Minuten Sonnabend abends vor Feierabend geschehen sollte, Anspruch auf den in der letzten Woche verdienten Affordlohn, sondern er erhält für die vom laufenden Sonnabend und in der ganzen vorher abgelaufenen Arbeitswoche, also auch für die in der Zeit vom vorigen Sonnabend bis letzten Freitag abends, danach eventuell für fast an sieben vollen Arbeitstagen wirklich geleistete Arbeitsstunden nur 40 Pf. Stundenlohn pro wirklich geleistete Arbeitsstunde bezahlt, falls der verdiente Affordlohn sich höher als 40 Pf. pro Arbeitsstunde berechnet, während, wenn der verdiente Affordlohn sich unter 40 Pf. pro Arbeitsstunde berechnet, selbstredend auch nur dieser niedrigere Affordlohn zur Auszahlung gelangt.“

Aus diesem gewiß einwandfreien Dokument geht also hervor, daß Fahrschubarbeiter im Afford auch weniger als 40 Pf. pro Stunde verdienen, und daß die Unternehmer sich eine Handhabe geschaffen haben, um höhere Verdienste einfach nicht auszuzahlen. Wie einfach ist es doch, wenn man Arbeiter aus irgend einem Grunde, welcher nicht genannt werden braucht, Sonnabends wenige Minuten vor Feierabend entläßt und einem, der sich vielleicht im Afford ganz besonders angestrengt hat, zu sagen: „Mein Lieber, Sie haben in der vergangenen Woche zwar 60 Pf. pro Stunde verdient, da ich Sie aber aus einem Grunde, den ich Ihnen nicht nenne, jetzt entlasse, so bekommen Sie nur 40 Pf. pro Stunde ausbezahlt. Die Differenz von 20 Pf. pro Stunde für sieben Tage von je neun Stunden im Betrage von 10,80 M. stehe ich in meine Tasche.“

Man wird einwenden, das tut kein anständiger Unternehmer. — Ganz recht. — Aber warum nehmen denn Unternehmer, die als anständig gelten wollen, solche den guten Sitten und den Grundsätzen von Treu und Glauben widersprechenden Bestimmungen in ihrer Arbeitsordnung auf? Doch wohl, um sie, wenn es einmal paßt, anzuwenden zu können.

Kätung, Kieber! Die unserer Organisation angeschlossenen Kieber können die Kontrolllegitimationen jeden Abend im Arbeitsnachweis Schützenstr. 18/19 in der Zeit von 6—1/8 Uhr in Empfang nehmen.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer.

Bureau: Schützenstr. 18/19. Tel. I. 1308.

Deutsches Reich.

Eine Bauarbeiter-Aussperrung ist in Kiel ausgebrochen. Von der Aussperrung im Baugewerbe, die gestern morgen auf den Bauten fast allgemein in Kraft trat, sind nach den „Kieler Neuesten Nachrichten“ etwa 2000 Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter betroffen. Ein großer Teil der Aussperrten verläßt bereits in diesen Tagen die Stadt. Ursache zu der Aussperrung sind eine Anzahl partieller Streiks, da die Arbeiter wegen noch laufender Tarife nicht allgemein vorgehen konnten, sondern sich auf Unternehmer beschränkten, die den Tarifabmachungen fernstehen.

Zum **Schlösserstreik in Hamburg.** Wie seinerzeit berichtet, haben die Schlösser von Hamburg und Umgegend wegen Lohnforderung und Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden die Arbeit eingestellt. Der Streik dauert bereits über sieben Wochen. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 250 Gesellen, während sich noch über 400 im Ausstande befinden. Da sich inzwischen einige größere, nicht der Schlösserinnung angehörende Betriebe bereit erklärt hatten, Zugeständnisse zu machen, wurde die Angelegenheit in einer gestern abend stattgehabten, sehr zahlreich besuchten Versammlung erörtert. Nach langer Debatte wurden die Zugeständnisse als unzulänglich bezeichnet und beschlossen, an den aufgestellten Forderungen — Reinstundentag und Minimallohn von 45 Pf. — festzuhalten. Der Streik dauert mithin unverändert fort.

Sämtliche Maurer in Salzgunden legten die Arbeit nieder. Die Gesellen haben ursprünglich 2 Pf. Lohnzuschlag gefordert. Diesen lehnten die Meister ab, wollten ihn aber vom 1. April ab geben, wenn ein Vertrag von dreijähriger Dauer abgeschlossen werde. Jetzt haben nun die Gesellen die Forderung auf 4 Pf. erhöht. Zugung ist fernzuhalten.

Zugung von Klempnern und **Inhallkatoren** ist von Heidelberg, Karlsruhe und Forzheim fernzuhalten. Die Arbeiter haben ihre Kündigung eingereicht, nachdem sich die Verhandlungen mit den Unternehmern zerklüftet haben.

Husland.

Tarifgemeinschaft im französischen Buchdruckgewerbe.

Im Auftrage der französischen Prinzipalität hielt sich, wie uns das Tariffamt der deutschen Buchdrucker mitteilt, in vergangener Woche der Buchdruckerbesitzer Hr. Lefebvre aus Paris in Berlin auf, um beim Tariffamt der deutschen Buchdrucker in mehrtägigen Verhandlungen den deutschen Buchdrucker-Tarif und die Organisation der Tarifgemeinschaft aufs eingehendste zu studieren. Nach seiner Rückkehr wird derselbe vor Vertretern der französischen Prinzipale in Rouen über seine hier gewonnenen Eindrücke und Kenntnisse von dem deutschen Buchdrucker-Tarifwesen einen Vortrag halten, dessen Ziel eine Tarifvereinbarung für die französischen Buchdrucker sein soll, an deren Zustandekommen, nach vorliegenden Schriftstücken, die französische Prinzipalität und Gehilfenschaft ein gleich großes Interesse zu haben scheinen.

Verfammlungen.

Eine **Generalversammlung des Verbandes deutscher Barbiers, Friseur und Perückenmacher** unter dem Vorsitz des Kartelldelegierten Schröter und im Beisein der Lohnkommission nahm Stellung zu der Nachweisfrage. Gerling behandelte diesen Punkt in eingehendster Weise und empfahl, daß der Verband unter keinen Umständen mit dem Arbeitsnachweisvorsteher weiter in Verbindung treten möge und beantragte den Ausschluß von Wäsche und Weber. In der Diskussion entspann sich eine längere Debatte, an welcher sich unter anderen Wäsche, Birkner, Schulze und Schröter beteiligten. Es wurde fast einstimmig eine Resolution angenommen, welche den Ausschluß von Wäsche und Weber ansprach und gegen die Behauptung protestierte, daß Gerling den Vertrauensposten an sich gerissen hätte. Er ist vielmehr in der vorigen sowie nochmals in der außerordentlichen Generalversammlung zum Vertrauensmann gewählt worden.

Der **Arbeitsnachweis-Große Frankfurter** 65 bleibt weiter vom Verband aus gesperrt und die Vermittlung findet bis Donnerstag, den 13. d. M. in der Rosenthalerstr. 57 statt. Von Donnerstag ab befindet sich der Nachweis im Restaurant Volney, Schillingstr. 16/18. Berichte und Annoncen, die nicht mit einem der drei Namen: Schulze, Baumgart oder Gerling unterzeichnet sind, rühren nicht vom Verbands deutscher Barbier usw. Gehilfen her. Die Lohnbewegung nimmt ihren Verlauf weiter und ist dafür nur die Lohnkommission kompetent.

Eingegangene Druckschriften.

Der Großgrundbesitz und die ländlichen Arbeiter. Eine sozialpolitische Studie zur Organisation der Arbeit auf dem Grund und Boden mit Hilfe von Arbeitergenossenschaften von Friedr. Wilh. Tausch, landw. Delonomierat in Karlsruhe. 66 Seiten gr. 8 mit zwei Situationsplänen. Brochüret 1,25 M. Heynemannsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt Gebr. Wolff, Halle a. S.

Der Sträfling, Kulturstudien aus dem Strafrecht und aus dem Gefängnis. von Adol. Göb. (Verfasser des „Sträfling 1888“). Verlag von Giese u. Wegmann, Berlin SW. 61. — Preis 1 M.

Dr. Max Marcuse, Arzt in Berlin. Die geschichtliche Entwicklung der Jugend. Vortrag, gehalten am 5. April 1906 zu Berlin im „Bund für Mutterchutz“ Preis 30 Pf. Leipzig. Frlz. Dietrich, 1906.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 12. Juli. (B. L. B.) Die Stadtverordneten haben in einer außerordentlichen Sitzung, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, den **Oberbürgermeister Becker** aus Anlaß seines 70. Geburtstages zum Ehrenbürger ernannt; auch stifteten sie ein silbernes Brustgerät zum Gedenktag und 10 silberne und 100 bronzene Plaketten mit dem Bildnis Veders.

Französisch-englische Flottendemonstration.

Brest, 12. Juli. (Weldung der „Agence Havas“.) Bei einem Frühstück, welches heute am Bord des „King Edward“ stattfand, brachte Admiral Ray einen Trinkspruch auf den Präsidenten Loubet aus, der die Bewunderung des englischen Volkes besähe. Admiral Caillard trat auf die Gesundheit des Königs und der Königin von England, sowie der übrigen Mitglieder der englischen Königsfamilie. Die Trinksprüche wurden mit einem dreifachen Hurra aufgenommen, auf welches die englische und die französische Nationalhymne folgte. Admiral Ray gab sodann der Befriedigung der englischen Offiziere Ausdruck, ihre Flotte in französischen Gewässern unter französischen Schiffen verankert zu sehen und dankte für den den Engländern in Brest bereiteten warmen Empfang, von dem sie die schönste Erinnerung mit sich nehmen würden. Der Admiral sprach sodann die Hoffnung aus, daß die Begegnung der beiden Flotten, das heißt der beiden Nationen, das gegenwärtige herzliche Einvernehmen noch verstärken werde. Er trinke auf lange Dauer dieses Einvernehmens und den Ruhm und die Wohlfahrt Frankreichs. In seiner Antwort erklärte Admiral Caillard, daß die vom Admiral Ray ausgesprochenen Gefühle von allen geteilt würden. Er freute sich zu sehen, wie die Stäbe und die Mannschaften beider Flotten sich in denselben Gefühlen maritimer Solidarität begegneten. Admiral Ray brachte sodann ein Telegramm des Privatsekretärs des Königs Edward zur Verlesung, welches der Freude des Königs über die dem englischen Geschwader in Brest bereitete ausgezeichnete Aufnahme Ausdruck gibt.

Die norwegische Thronkandidatur.

Kristiania, 17. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Hier verlautet, daß maßgebende Politiker die Kandidatur des dänischen Prinzen Karl rühen.

Ein gerichtliches Nachspiel zum Kubstrat-Prozess.

Wüdeburg, 12. Juli 1905.

(2. Verhandlungstag.)

Ist Pokern ein Hazardspiel? Wie wird „Lustige Sieben“ gespielt?

Heute beantragte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger, mehrere in Bremen konditionierende Stellener als Zeugen und Kriminalkommissar Freiherrn von Manteuffel als Sachverständigen und Zeugen zu laden. ...

Verbrechen im Amte.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herz: Ich beantrage, die Gefängnis-aufsichter Krehling und Gode aus Oldenburg als Zeugen zu laden, die bezeugen werden, daß Kriminalkommissar Böning auf den Angeklagten derartig eingewirkt hat, daß dieser schließlich zu seinen Verteidigern jedes Zutrauen verloren hat und nahe daran war, seinen Verteidigern das Mandat zu entziehen und sich einen Verteidiger von Staatswegen geben zu lassen. ...

Staatsanwalt Dr. Becker: Gegen die Ladung der Gefängnis-aufsichter habe ich nichts einzuwenden; dagegen muß ich der Ladung des Kriminalkommissars von Manteuffel widersprechen. ...

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Minister Kubstrat hat selbst zugegeben, daß er in den letzten Jahren im Oldenburger Kasino gespielt habe. ...

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Jonas: Ich erachte die Vernehmung eines Sachverständigen für uns notwendig, da es fraglich ist, ob die Herren Geschworenen den Unterschied zwischen Pokern und „Lustige Sieben“ kennen. ...

Die Ladung des Kriminalkommissars von Manteuffel abgelehnt!

Nach einer längeren Beratung des Gerichtshofes verkündet der Vorsitzende: Der Gerichtshof hat beschlossen, die Gefängnis-aufsichter zu laden, dagegen den Antrag auf Ladung des Kriminalkommissars von Manteuffel abzulehnen. ...

Fortsetzung der Zeugenvernehmung.

Es wird danach Buchhändler Schmidt aus Oldenburg vernommen. Er habe mit dem Minister Kubstrat in den letzten Jahren im Oldenburger Kasino oftmals Stat gespielt, bisweilen auch gepokert. ...

Vert. Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Sie haben viel mit Minister Kubstrat, auch früher „Lustige Sieben“ gespielt. ...

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herz: Ziel nicht das Aufführen des „Lustige Sieben-Spiels“ des Ministers in die Zeit als Hauptmann von Pabel sich das Leben nahm? ...

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Jonas: Wird das Spiel „Lustige Sieben“ in Oldenburg für „unfair“ gehalten, so daß ein Oberstaatsanwalt es nicht spielen, wohl aber das Pokerspiel betreiben darf? ...

Antisubversiven.

Hierauf wird Polizeikommissar Böning aus Bremen als Zeuge aufgerufen. — Rechtsanwalt Dr. Jonas: Ich ersuche, den Herrn Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß wenn eine Frage an ihn in bezug auf § 348 des Strafgesetzbuches gestellt werden sollte, er berechtigt ist, die Antwort zu verweigern. ...

Auf Befragen des Herrn Rechtsanwalts Dr. Sprenger bemerkt der Zeuge: Er pflege gewöhnlich Angeklagte in Gegenwart von Zeugen zu vernehmen, da die von ihm erzielten Geständnisse meistens angezweifelt worden seien. ...

Im weiteren Verlauf der Vernehmung bemerkt der Zeuge: Bei dem Aufruf habe er das Beweissthema lediglich darauf beschränkt, ob Minister Kubstrat mit Buchhändler Schmidt und Dr. Schleppegrell „Lustige Sieben“ gespielt habe. ...

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herz: Ist es richtig, daß Sie die Untersuchung der Sache widerwillig übernommen haben, weil Sie, wie die meisten Bremer, an die Unschuld des Angeklagten glauben? ...

Der folgende Zeuge ist Landgerichtsrat Dr. Meher-Holzgrafen. Er bezeugt: Der Angeklagte habe bei dem Polizeikommissar Böning die Aussage gemacht und zu Protokoll gegeben, daß er nur die Schlussfolgerung gezogen habe, daß Minister Kubstrat mit den Herren Schmidt und Dr. Schleppegrell „Lustige Sieben“ gespielt habe. ...

Einige Zeit darauf erhielt der Angeklagte ein Paket von auswärts. Von diesem Tage an erklärte er, es sei so richtig, wie er zuerst ausgesagt habe. ...

Hierauf wird die Sitzung bis 3 1/2 Uhr nachmittags vertagt. Wurde der Angeklagte bei dem Untersuchungsrichter verwirrt gemacht?

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung wurde mit der Vernehmung des Untersuchungsrichters Meher-Holzgrafen fortgesetzt. — Staatsanwalt Dr. Becker: Herr Landgerichtsrat, es ist behauptet worden, der Angeklagte sei so verwirrt worden, daß er schließlich verwirrt und unwohl wurde. ...

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Was beantragte Sie, in den Kreisen Ihrer Kollegen zu sagen, die Untersuchungs-sache Meher habe eine erfreuliche Wendung genommen? ...

Im weiteren Verlauf der Verhandlung bemerkt der Untersuchungsrichter auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalts Dr. Sprenger: Es sei richtig, daß der Antrag gestellt worden sei, die Zeugen aus Bremen zu vernehmen. ...

Polizeikommissar Böning ein Spezialist für Weineidsachen.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Jonas: Herr Polizeikommissar Böning ist ein ganz hervorragender Spezialist in Weineidsachen und als solcher zu empfehlen. ...

Ist Pokern mit „Lustige Sieben“ zu verwechseln?

Der folgende Zeuge, Regierungsrat a. D., Rechtsanwalt Dr. Becker-Oldenburg bezeugt: Er gebe die Möglichkeit zu, daß er in früheren Jahren mit Minister Kubstrat u. a. im Oldenburger Kasino Stat gespielt, bisweilen auch gepokert habe. ...

Der Angeklagte ein sympathischer, wahrheitsliebender Mensch.

Auf weiteres Befragen des Verteidigers Herrn Rechtsanwalts Dr. Sprenger bemerkt der Zeuge, der Angeklagte sei ihm, als er noch Stellener war, sehr sympathisch gewesen. ...

Hat Minister Kubstrat bei seiner Zeugenangabe etwas verschwiegen?

Der Zeuge, Regierungsrat a. D., Rechtsanwalt Dr. Becker bezeugt auf Befragen des Verteidigers Dr. Herz, erhalte Pokern für ein Glücksspiel und habe es immer für ein solches gehalten. ...

Pokern und „Lustige Sieben“.

Der Zeuge gibt danach auf Veranlassung des Verteidigers Rechtsanwalts Dr. Sprenger eine eigentliche Schilderung von Pokern und „Lustige Sieben“.

Pokern ein Bauernfängerspiel.

Auf Befragen bemerkt der Zeuge, daß er beim Pokern einmal an einem Abend 60 M. verloren habe.
Der letzte Zeuge, Rechtsanwält Johanns Delmenhorst be- kundet, er habe gehört, daß im Kasino beim Pokern hohe Summen verloren wurden. Vielfach bestreben sich die Verluste auf 100 M. und darüber. Silbergeld wurde oft mit den Worten auf die Erde geworfen: pour le garçon. — Verteidiger Rechtsanwält Dr. Sprenger: Wurde auch der Kellner angepöbele? — Zeuge: Das ist vorgekommen. — Vert.: Wurde nicht bisweilen auch die ganze Nacht bis an den frühen Morgen gespielt. — Zeuge: Jawohl, auch das ist vorgekommen.
Der Zeuge bemerkt noch auf Befragen des Verteidigers, an den eigentlichen Spielerzessen habe er nicht teilgenommen.
Der Offizialverteidiger entlassen.
Der Vorsitzende bemerkt darauf dem Offizialverteidiger Rechts- anwält Dr. Steinmann: der Gerichtshof ersuchte seine weitere An- wesenheit nicht mehr für notwendig.
Gegen 7½ Uhr wird die Verhandlung auf morgen vormittag 8 Uhr vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Die Baumwollhülle an den Märkten von New Orleans und New York nimmt ihren Fortgang. Mr. Theodore Price und seine großen Mitpelulanten erweisen sich als äußerst geschickte Macher. Durch Besatzung des amerikanischen Ackerbaubureaus hatten sie sich vorzeitig Kenntnis von den Schätzungsdaten dieses Bureaus verschafft und danach ihre Maßregeln getroffen. Zunächst ließen sie die Bedenken gegen diesen Bericht sich ruhig austoben und ver- sichtlich, verhinderten aber, daß größere Angebote an den Markt gelangten; dann aber setzten sie mit neuen gleichzeitigen Aufkäufen an den Börsen von New Orleans und New York ein, welche die Preise derart in die Höhe getrieben haben, daß vorgestern Loco- Ware in New York mit 11,80, in New Orleans mit 11½ Cent per Pfund notierte, also mit 58 Pf. per deutsches Pfund. Dabei be- folgten die amerikanischen Großpelulanten den Trick, daß sie, um den Liverpooler Markt aus seiner Zurückhaltung zu reizen und die Nachfrage zu stimulieren, auch dort für ihre Rechnung beträchtliche Käufe vornehmen ließen. Recht treffend wird die gegenwärtige Hülle in einem der „Frankfurter Jtg.“ aus Sachkreisen zugegangenen Bericht geschildert:
„Wir machen gegenwärtig in Baumwolle dieselben tollen Szenen durch, die jedermann aus den Stanzzeiten Sullus bekannt sind, nur mit dem Unterschied, daß der Mann an der Spitze sich jetzt Preise anstatt Sullus nennt. Trotz einer Riesenernte, die einen großen Hebersehuh an sichtbareren und einen noch größeren an unsichtbarer Baumwolle mit in die neue Kampagne bringen wird, malt man jetzt schon wieder die Bilder einer neuen kommenden „cotton famine“ (Baumwollnot). Es ist bekannt, daß es beinahe Jahresende wird, bis wirklich ernst zu nehmende zahlenmäßige Schätzungen heraus- kommen können. Die Hausse-Claque weiß aber jetzt schon das Winterergebnis nach und erlaubt sich, mit Rücksicht auf die Pro- gnostik, daß wir vielleicht im August 1906 knapper in Baumwolle sein können, als im Juli 1905, schon jetzt die Preise so zu stellen, wie in Zeiten, als Liverpool short (knapp) war und die englische Industrie mangels Baumwolle die Produktion einzuschränken sich ge- nötigt sah!“
Demnach wird vor dem Sommer nächsten Jahres bei Eintreffen selbst der ungünstigsten Voraussetzungen eine knapperere Versorgung bekommen werden, magt nicht einmal die in ihren Stimmungs- mitteln wenig verlegene Hauffepartei zu behaupten! Haben denn die Konsumenten vergessen, daß es in der letzten Saison erst der 3. Dezember war, der ihnen die kolossale Waiffe und die riesige Gutäufschung brachte? Wie oft hat man sich vorgenommen, den verfrähten Nachrichten keinen Glauben zu schenken, mais l'historico se répète toujours (aber die Geschichte wiederholt sich immer von neuem), und die Welt laun so oft werden wie sie will, aus früheren Erfahrungen zieht sie keine Lehre. Lediglich Leute wie Price und Konsorten distillieren die Preise. Die ganze Bewegung spielt sich eben leider auf dem Zukunftsmarkt ab, wo man sich um den Handel in effektiver Ware nicht kümmert. Price bläst die Hauffepetete, die New Orleans-Cotton-Leute folgen ihm, dazu gesellt sich Wallstreet, und last not least, kommt der Mann von der Straße, der Quiffier, der von dem neuen „boom in cotton“ gehört hat. Im Nu ist Baumwolle das populärste investment (Anlagegebiet), in dem sogar ganz unbemittelte und dem Markte völlig fernstehende Leute in blinder Folgehaft spekulieren! Die Eigner von Baum- wolle, die teils Farmer, teils Händler, teils Bankier sind, reiben sich vergnügt die Hände, daß endlich der starke Mann da ist, der ihnen gefehlt hat. Sie werden jetzt gewiß nicht die Spielverderber sein, wenn von Washington, von einer fogentamten Baumwoll- Autorität, oder sonst einer statistiktreibenden Stelle der Fragebogen zur Ausfüllung der Erntelondonen zc. zc. kommt und werden sicher die Zahlen so einsehen, wie sie sie brauchen. So lange die Hauffe- Claque nicht durch die kommende Ernte aus dem Konzept gebracht werden wird, bleibt Hauffe Trumpf. Er scheint ihr dann die Lage nicht haltbar, so wird sie unter der Hand ihre Position lösen und ebenso viel Geld an der Waiffe verdienen. Der Konium und die Quiffier, die schmerzhaft hinterdrein kommen, zahlen in beiden Fällen die Zeche.“
Der Mann hat recht. Hinzugefügt muß jedoch werden, daß der- artige Spekulationen zu den Schönheiten unseres heutigen Wirtschaftssystems gehören und auch auf anderen Produktions- gebieten gang und gäbe sind. Wenn sie in der Baumwollbranche besonders umfangreich und schädigend hervortreten, so erklärt sich das daraus, daß die Vereinigten Staaten ungefähr drei Viertel des gesamten Baumwollverbrauchs erzeugen und deshalb von der dortigen Marktstellung der Preis fast aller anderen Märkte ab- hängt.
Amerikas Getreideanstand. Das amtliche Ackerbaubureau hat gestern seinen Bericht über den Stand des Getreides in den Ver- einigten Staaten am 1. d. Mts. veröffentlicht. Nach diesem Bericht kann die Union auf eine mittelmäßige Weizenernte und eine den Durchschnitt der letzten Jahre nicht unbeträchtlich übersteigende Mais-, Hafer- und Roggenenernte rechnen. Es betrug nach den amtlichen Er- mittlungen am 1. Juli d. J. der Durchschnittsstand für Winter- weizen 82,7 Proz., für Frühjahrweizen 91,0 Proz., für Winter- und Frühjahrweizen zusammen 85,8 Proz., für Reis 87,3 Proz., für

Wintertweizen 418 371 463
Frühjahrweizen 292 298 267
Reis 2651 2537 2268
Hafer 950 910 851
Gerste 141 140 129

Die größten Dzeandampfer. Der neueste Band des „Nauticus“, Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, teilt zum erstenmal neben dem ausführlichen Verzeichnis aller deutschen Handelsfahrzeuge über 1000 Registertonnen auch eine vergleichende Liste der über 12 000 Registertonnen großen Handelsdampfer aller Nationen mit. Eine interessante Tabelle, an der von den seefahrenden Nationen mit mehreren Schiffen nur England, Deutschland, Nordamerika, Holland, Frankreich und Belgien teilhaben. Insgesamt werden 56 Dampfer dieser Art aufgezählt, und diese Flotte von Riesendampfern repräsentiert einen Rauminhalt von 840 521 Registertonnen brutto. Von dem Geschwader der Riesenschiffe führen die englische Flagge 81 (465 494 Tonnen), die deutsche Flagge 14 (215 885 Tonnen), die der Vereinigten Staaten 6 (94 514 Tonnen), die holländische Flagge 3 (87 610 Tonnen). Englands größte Handelschiffe sind die Dampfer „Adriatic“ und „Baltic“ mit je 23 768 Brutto-Registertonnen, beide der White Star Line gehörig, wie überhaupt diese Reederei die meisten Riesenschiffe ihr eigen nennt, zusammen nicht weniger als 15. Ihr nächst kommt als Eigentümerin größter Schiffe die Hamburg-Amerika-Linie mit 9 Fahrzeugen über 12 000 Tonnen. Ihr im bevorstehenden August vom Stapel laufender Dampfer „Kaiserin Auguste Victoria“ wird den größten Rauminhalt von allen Dampfern der Welt haben: 25 000 Registertonnen. Die fünf übrigen deutschen Riesenschiffe gehören bis auf einen („Kaiser Friedrich“, Firma Schichau, Elbing) dem Norddeutschen Lloyd. Unter nord-amerikanischer Flagge hat den größten Rauminhalt der Dampfer „Dalota“, nämlich 21 000 Tonnen. Holland besitzt nur drei Schiffe von je 12 500 Tonnen; während Frankreich und Belgien nur je einen Dampfer von über 12 000 Tonnen haben.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Völgel-Präsidium.) Zutter- gerste, gute Sorte 1 Dg. 16,00 (15,20), mittel 15,10 (14,30), geringe 14,20 (13,40). Hafer, gute Sorte 16,30 (15,50), mittel 15,40 (14,60), geringe 14,50 (13,70), bei Bogen und ab Bahn. Roggen 5,00 (4,00). Weizen (neu) 6,60 (4,80), alt 0,00 (0,00). Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00 (30,00), Speckbohnen, weiße 30,00 (20,00), Linen 20,00 (30,00), Kartoffeln 16,00 (9,00). Rindfleisch, von der Keule, 1 Kg. 1,80 (1,40), Bauchfleisch 1,40 (1,00), Schweinefleisch 1,80 (1,20), Kalbfleisch 2,20 (1,20), Hammelfleisch 1,80 (1,40), Butter 2,80 (2,20), Eier (60 Stück) 4,00 (2,80), Karfen, 1 Kg. 2,00 (1,40), Hefe 3,00 (1,60), Hanter 3,50 (1,40), Heide 2,80 (1,40), Salz 2,00 (1,00), Seife 3,00 (1,30), Mehl 1,80 (0,90), Äpfel (60 Stück) 20,00 (3,00).

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania Tauben- str. 48/49.
8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.

Theater.

Donnerstag, den 13. Juli.
Anfang 7½ Uhr:
Neues Operntheater. Der Wiber- penstigen Zähmung.
Berliner. Die Jüdin von Toledo.
Anfang 8 Uhr:

Zentral. Die Gelfa.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Troubadour.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm- händisches Theater.) Hofmann. Weiden. Das Garnisonmadel. Kleines. Vater Riekman. Die Reuermählten.
Lustspielhaus. Myrik-Myrik.
Carl Weich. Lehmanns Abenteuer. Belle-Alliance. Den All Day. Reichshallen. Stettiner Sänger.
Apollo. Ein Abend in einem ameri- kanischen Singel-Cangel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim. Wintergarten. Spezialitäten.
Berliner Prater-Theater. Zwischen Himmel und Erde.
Stadt-Theater Moabit. Mutter Gädert.
Urania. Taubenstraße 48/49. Der Simplon und sein Gebiet.
Zabalsenstr. 57/62. Stern- warte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Neu!! Admiral Togos Be- such bei Admiral Roschdostowsky im Hospital zu Kioto!
Neu! Elitekapelle „Berolina“. Lebende Photographien!

Passage-Panopticum.
Die Sensation der Saison:
Der Riese Wachnow
der größte Mensch, der je gelebt hat. Ohne Extra-Entree.
Neu! Zum erstenmal in Europa:
Der lebende Eismensch
aus dem nördlichsten Kanada.
Ohne Extra-Entree.

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr.
Vater Riekman.
Hierauf: Die Reuermählten.
Freitag: Nachtsyl.
Sonntag: Nachtsyl.

Neues kgl. Opern-Theater.

Anfang (Kroll.) 7½ Uhr.
Der Widerspenstigen Zähmung.
Oper in 4 Akten von Herm. Götz.
Freitag: Gastspiel Thäa Dorré: Carmen. Sonntag: Der Wiber- spenstigen Zähmung. Sonntag: Gast- spiel Thäa Dorré: Carmen.

Metropol-Theater

Der größte Erfolg der Saison!
Zum 249. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssosse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Carl Weiß-Theater.

Or. Franzfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Lehmanns Abenteuer
auf dem russ.-jap. Kriegsschauplay.
Am Sommergarten:
Das phänomenale Juli-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Sonabend: Or. Sommernachtsfest.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachmittags 5 Uhr:
Militär- Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Auf dieselbigen Wunsch nur ein- malige Wiederholung:
Ein glücklicher Familienvater.
Schwank in 3 Akten von Götz.
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.
Freitag zum erstenmal: Die schöne Galathee.
Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Ostbahn-Park.
Am Kättrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten- Vorstellung.
Wochentags: Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Romisch-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel.
Der Troubadour.
Große Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Freitag, abends 8 Uhr:
Populäres Vorstell. bei halben Preisen:
Der Trompeter von Säckingen.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel.
Der Postillon von Lonjumeau.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Büh. N.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofmann.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Thilo v. Krotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hofmann.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Hofmann.
Im Garten täglich:
Großes Militär-Konzert.

Neue Freie Volksbühne.

Norwitz-Oper (Schiller-Theater O).
Sonntag, den 16. Juli, nachm. 3 Uhr: **Martha** oder: **Der Markt zu Richmond.** Oper von G. W. Weber.
Eintrittsstufen für Mitglieder a 90 Pf., für Gaste a 1,10 M. (Barrett-Gauleit., 1. Barlett und Logenplätze) sind in allen Hauptstellen zu haben.
Der Vorstand. J. U.: Heinrich Nest, Bremerstr. 59 d. II.

Zahlstellen: Hermann Fischer, Veteranenstr. 6. A. Knapp, Oranienburgerstr. 5. Karl Schöngalla, Heilsbrunnstr. 60. R. Kanapke, Baumstr. 122. K. Kleinau, Gertrudenstr. 4. G. Blum, Chausseestr. 26. W. Schroll, Prater, Landwehrstr. 3. M. Probst, Lichtenstr. 8. Hermann Becker, Geyersplatzstr. 9. W. Wondschook, Schiffbauerdamm 6. H. Landgraf, Bergmannstr. 101. J. Pech, Teltowstr. 37. Karl Martionson, Belle-Alliancestr. 7. H. Bohlsen, Kommandantenstr. 62. Otto Thiele, Goldammer- str. 28. H. Köhn, Rauminstr. 83. H. Kauthold, Wrongelstr. 52 III. Alfred Strangfeld, Brüderstr. 24a. Udo Stangenberg, Köpenickerstr. 29a. Carl W. Tabert, Marktstr. 14. Hermann Hirsch, Lützowstr. 22. A. Gorn, Franzfurter Allee 119. L. Grubert, Praterstr. 55. Kurt Pimefsky, Neue Fohlsbüchelstr. 8. E. Neumann, Weinmeisterstr. 18. **Schöneberg:** Arendt, Stoltenstr. 43/44 III. **Friedenau:** Karl Danz, Rixstr. 15. Stf. III. **Hixdorf:** C. Holmrich, Mühlengenerstr. 19. **Charlottenburg:** Emil Schäfer, Schillerstr. 102 und Schnabraderstr. 3. **Friedrichshagen:** C. Slogemann, Seestr. 107.

Max Kliems Sommer-Theater
Haseenhof 13-15. Künstliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV. 8891. **Max Kliem.**

100 Zigarren umsonst!

Da ich bekanntlich die größten Konkursläger kauft, verleihe jetzt **200 Stk. vorzüglichste 10 Pf. Zigarren** für 11,40 M. und gebe außerdem **100 Stk. gratis** zur Weiterempfehlung. Also diesmal **300 Stk.** für 11,40 M. oder **600 Stk.** für 22 M. Versand geg. Nachn., ohne Kaufmann- Garantie. Geld zurück. Nur mer bis 20. Juli bestellt, erhält 100 Stk. umsonst. Frau **M. Berndt**, Versandhaus Berlin 106, Kreuzbergstr. 29 I.

Umsonst sind alle Anstrengungen,

Ihre Gesundheit von Däunen, Schwaben und sonstigen lästigen Ungeziefer nebst Brut radikal zu säubern, wenn Sie sich zu diesem Zweck nicht der rühmlichst bekannten **Reichels Spezialmittel** bedienen, die in jedem Falle eine unsehbarer u. dauernde Wirkung garantieren. **50 Pf. 1., 2.-** zc. Sprihapparate 50 Pf. Man halte sich vor wirksamen Nachahmungen und verlange ausdrücklich **Reichels Spezialmittel**, deren Originalpackungen mit der Marke „**Tod u. Teufel**“ versehen sein müssen. Erhältlich in den Drogerien, wo Pakete mit „**Tod u. Teufel**“ Berlin SO., Hienbahnstraße 4. Fern- sprecher IV. 646, 4562 u. 3190.
Otto Reichel, Lieferant für Armee u. Marine, königl. u. päpstliche Behörden.

Apollo-Theater.

Das bestventilierte Theater Berlins mit großem Garten!
Größter Lagerhof! Der Sipfel der Komit! 10 Uhr.
Ein Abend in einem amerikan. Singel-Cangel.
Vorher: Hochzeitsabend von Paul Finde und Spezialitäten.

Fröbels Allerlei-Theater

(früher Ruhmann)
Schönhäuser Allee Nr. 145.
Heute:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
20 Attraktionen 1. Rang. Dazu:
Arbeit schändet nicht.
Vollständ. mit Gesang in drei Akten von Neffingen.
Anf. 4 Uhr. Entree 30, Speerth 50 Pf.

WINTERGARTEN

Anfang 8 Uhr.
Das brillante Juli-Programm.
Am 15. Juli:
Letzte Vorstellung
in dieser Saison.

Paul Schwarz' Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großartige Juli-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Genie: Großer Elitetag.
Die Loreley.
Außerdem: Paul Coradini, Artur Wolff, Marka Freya, Ormalis, Johnke, Hilton-Campagna, Latouré.
Am Saale: **Großer Elite-Ball.**
Entree 30 Pf. Rumer. Platz 50 Pf.
Bocanzige. Die Schloßtanzerin Magdalena kommt!

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungsküfl.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Partonime der Guitano Whotes Troupe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Rumerterter Platz 50 Pf.

Otto Pritzkows Abnormitäten-Ausstellung

Münzstr. 16.
Neu ! ! ! ! ! Neu ?
? Mne-Mno-Mni ! ?
frei in der Luft liegende ?
Türkin ?
Anatom. Riktoel. Med. Wunder.
Neu renoviert! Neu renoviert!

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Dienstag, Donnerstag, Sonn- abend, Sonntag: **Tanz.**

Raucht Vineta No. 8
beste **2 Pf. Zigarette!**
3496L*

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Seit 8 Tagen stehen die an Fahrstühlen und Hebevorrichtungen beschäftigten Kollegen bei den Firmen **Bennewitz, Sommer & Müller, Rietsch und Lumina** im Streik, später sind ihnen die Kollegen der Firmen **Traut & Co.** und **Kloß & Heymann** gefolgt, bei anderen Firmen sind die Arbeitseinstellungen in den nächsten Tagen zu erwarten, da wie anzunehmen, um geregelte Löhne und auch die Anerkennung der Organisation zu erzielen.

Nur zwei Firmen haben bisher die Forderung der Arbeiter anerkannt. Da nun die obigen Firmen auf alle nur denkbare Art versuchen, Arbeitswillige heranzuziehen, so hat die Organisation

rote Arbeitsberechtigungs-Karten

für die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden ausgegeben. Wir rufen deshalb das Ersuchen an die organisierten Arbeiter der Baubetriebe, und in diesem Kampfe zu unterstützen, indem sie die auf den Bauten beschäftigten Fahrstuhlarbeiter nach der **Arbeitsberechtigungs-Karte** besorgen. Alle ohne diese Karte Arbeitenden arbeiten entgegen den Bestimmungen der Organisation und sind somit als Arbeitswillige zu betrachten.

Der Zweigvereins-Vorstand.

Dachdecker!

Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet Kaiser Wilhelmstraße 18 m (Müllertheim) eine öffentliche Dachdecker-Versammlung, einberufen von der **christlichen Organisation**, statt. Kollegen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands, Ortsoberleitung Berlin.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands

Donnerstag, 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches, 2. Bibliothekabend, 3. Abendung d. Kunstbegehr, 3. Verschiedenes.

Verband der Lederarbeiter. Filiale Berlin I.

Sonabend, den 15. Juli:

Große Dampferpartie.

Ausfahrt morgens 8 Uhr von der Jannowbrücke, links am Schuttheit nach Schmiedisch, Zebbiner, Obersee bei Rosd. Vereine, Gesellschaften und Gaste, welche sich anschließen wollen, sind herzlich willkommen. Erwachsene zahlen 1 Mk., Kinder 25 Pf. Für Bekleidungen ist beiseite gefordert. Billets sind zu haben bei E. B. H. G., Christianstraße 11, Hof III, oder am Dampfer. 109/06

Treptow Ludwigs Parkrestaurant

Köpenicker Landstraße 25/26

Größter, schönster und schattigster Garten.

Kinderfest

unter Leitung des Festleiters Herrn R. T. T. Jeden Sonntag: Elite-Ball. Jeden Sonntag: Großes Frei-Konzert.

Restaurant „Zum Prälaten“
Weißensee, Hermann Dräger, König-Chaussee 48.
Jeden Sonntag: Ball.
Verkehrslokal der Holzarbeiter, Bauarbeiter, Kellner, Schneider, Gesangsverein „Freie Sänger“ und Arbeiter-Turnverein.
Zum freundschaftlichen Besuch ladet Freunde und Genossen ergebenst ein.
Hermann Dräger.

!! Buß Salon !!

Inhaber: Frau Chr. Theel, Große Frankfurterstraße 85.

Empfehle mein Etablissement mit großem Garten zu Festlichkeiten usw. unter den kulantesten Bedingungen.

August, September und Oktober mehrere Sonntage frei für Vereine etc. 4672L*

Sonntag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag: Großer Ball.

SPREE-HAVEL DAMPSCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT

Täglich außer Sonnabend und Sonntag: Dampfer-Sonderfahrten mit Musik nach „Waltersdorfer Schloß“.

Große Spielplätze, herrlicher Hochwald. Gute bürgerliche Küche. 3789L*

Ausfahrt nachmittags 2 1/2 Uhr vom Brandenburger Ufer, Jannowbrücke, gegenüber Bellevue.

Sin- u. Rückfahrt 0,50 Mk., Kinder 0,25 Pf. Fahrkartenverkauf auf dem Dampfer „Waltersdorfer“.

Achtung, Vereine!
Für Sommer- und Kinderfeste empfohlen:
Stofflaternen, Fächer, Schärpen, Kopfbedeckungen, Illuminat.-Laternen, Dekorations-Girlanden, Verlosungs-Artikel, Garten, Samen, Reglerpresse, Zug- u. Scherzartikel, Feuerwerk, Festabendkarten.
Große Auswahl, billige Preise, kulanter Bedienung.
Pohl & Weber Nachf., Berlin G.
Am Spittelmarkt 4/5 I Alexanderstr. 51/52
(früher R. u. E. J. J. J. am Alexanderplatz)
Kataloge gratis und franko. Versand nach außerh.

Charivari-Zigaretten.

BERLIN Boykottfrei. NO. 55.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Wir machen die Verbandsmitglieder darauf aufmerksam, daß in den am 5. Juli d. J. stattgefundenen Mitgliederversammlungen beschlossen wurde, das **Baudeputierten-System mehr auszubauen als bisher.**

Wir bitten nun, dem Beschlusse gemäß zu handeln und auf allen Bauten umgehend **einen Baudeputierten zu wählen.**

Am **Freitag, den 21. Juli**, abends 8 1/2 Uhr, findet im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 8)**, eine

Versammlung der Deputierten

statt. Wir erwarten, daß in dieser Versammlung jeder Bau vertreten sein wird.

Die Verbandsleitung. S. U.: E. Thöns.

Achtung! Fahrstuhlarbeiter! Achtung!

Donnerstag, den 13. Juli 1905, abends 8 Uhr, in den Industrie-Festhallen, Benthstraße 19/20:

Versammlung

aller an Fahrstühlen u. Hebevorrichtungen beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Der Stand der Bewegung und unsere weitere Stellungnahme. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Zweigvereins-Vorstand.

An die Arbeiterschaft Berlins!

Die aus dem „Vorwärts“ bekannt, befinden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kürschnerbranche seit dem 26. Juni im Ausstand. Schon in der ersten Woche haben von 58 Arbeitgebern 39 unsere Forderungen anerkannt und wären wir heute mit unserer Bewegung vielleicht schon zu Ende, wenn das Groß-Unternehmertum – das zum größten Teil in der Handindustrie produzieren läßt – sich nicht am Geldbeutel bedroht hätte und nun einen Terrorismus auf die Hausindustriellen ausübte, wie er bis jetzt bei wirtschaftlichen Kämpfen kaum dratler in Erscheinung getreten ist.

Die Groß-Unternehmer, die am 27. Juni d. J. einen Arbeitgeber-Verband gründeten, dem wie zum Lohn die Hausindustriellen als Mitglieder angehören können und auch viele beigetreten sind, sahten am 6. Juli den Beschluß, daß kein Hausindustrieller Arbeit erhält, der nicht die Bewilligung zurückzieht. Die Folge davon war, daß von 63 derselben, die die Forderungen anerkannt hatten, folgende Herren ihre Unterschrift zurückzogen:

- R. Bürger, Neue Jofobstr. 8. Bogk, Greifswalderstr. 211. Fränkel, Kronenstr. 11. Fränkel, Christianstr. 6. Falk, Prenzlauerstr. 4. Feist, Grenzstr. 6. Freitag, Jerusalemstraße 8. Goldstein, Fischerstr. 24. Götz, Elisabethstr. 44. Klonower, Eberstr. 3. Kusber, Peterburgerstr. 65. Krehner, Frankfurter Allee 73. Kniek, Alte Schandhauserstraße 4. Korrodonoff, Alte Jofobstr. 90. Grabitz, Pippenerstr. 13. Lelstner, Luisenparkstraße 14. Nebel, Gitschinerstr. 87. Niemann, Grenzstr. 11. Posnanski, Winstr. 25. Sawady, Prenzlauer Allee 1. Seelatus, Jannowstr. 35. Salzwedel, Samariterstr. 16. Stolz, Nuppinerstr. 10. Schreitmüller, Wörtherstr. 27. Sigall, Wulackstr. 35. Thomas, Frankenstr. 3. Silberstein, Münzstr. 20. Wenzel, Ludenwalderstr. 15. Zabel, Elbingerstraße 33.

Dieses Unternehmertum diffidiert den Hausindustriellen, keine organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu beschäftigen. Dadurch sind wir zum allgemeinen Ausstand gedrängt worden und appellieren an die Arbeiterschaft, und in dem Kampf nur dadurch zu unterstützen, daß sie ihre Frauen und Töchter nicht als Streikbrecher arbeiten lassen, so lange wir und im Ausstand befinden. Dessen sind wir uns sicher, daß wir liegen werden, wenn die Arbeitswilligen, die die Herren sich nähmen namentlich unter den Heimarbeiterrinnen zu finden, so viel wie möglich der Arbeit entzogen werden.

Der Vorstand des Deutschen Kürschner-Verbandes, Zahlstelle Berlin.
Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend.
Gemeinames Streikbureau: Mendelssohnstr. 9.

Schweizer-Garten. Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am Königstor. Am Friedrichshain. Täglich. Zahlstelle Berlin. Donnerstag, den 13. Juli, abends 6 1/2 Uhr:

Theater-Vorstellung Branchen-Versammlung der Bantischler

Neue Spezialitäten. Volksbelustigungen. Zum Schluß: Weibliche Jockeis.

1. Vortrag des Kollegen Leopold über: Die Aufgaben der Bantischler während der Vertragszeit. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen sind verpflichtet, zu dieser wichtig in Versammlung zu erscheinen. [88/11*]

Reichshallen. Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Gastspiel d. berühmten Oskar Junghänel mit seiner vorzüglichen Herren-Gesellschaft. Am 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Dienstag, 1. Aug.: Wiederbeginn der Sokren der Stettiner Sänger.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle Pankow.

Freitag, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Rozycki, Kreuzstr. 3: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

1. Vortrag des Kollegen W. Schulze über: Welche Vorteile bietet uns die gewerkschaftliche Organisation und wie müssen wir darin arbeiten? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Etablissement Dnygenhagen. Öffentliche Versammlung der Friseurgehülfen Berlins.

Donnerstag, den 13. d. M., abends 10 Uhr, bei Bugenbogen am Moritzplatz, Oranienstr. 147:

1. Die Antwort der Innung auf die Lohnforderungen der Gehülfen. 2. Diskussion. Um der Innung die richtige Antwort geben zu können, ist das Erscheinen eines jeden Friseurgehülfen notwendig. Die Vorstände der Innungen sind zu dieser Versammlung dringlich eingeladen. 290/9

Die Lohnkommission. S. U.: Paul Lier.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise.
Unser treuer Genosse, der Tischler **Robert Baude** (1. Ablebung) ist nach längerem Leiden verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 13. abends 6 1/2 Uhr, von Weihensee, Kirchhof am Falkenberger Weg, aus statt. 245/14
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Tischler **Robert Baude** am 10. Juli nach langer Krankheit an der Proletarierkrankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags um 6 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Jannowkirchhofes in Weihensee, Falkenbergerweg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
88/10 Die Ortsverwaltung.

Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Bezirk Schönberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **August Hecht** am 10. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Kirchhofes in der Wagstraße aus statt. 34/11
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Willi Köhlert** am 9. Juli beim Baden ertrunken ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Schandauer Gemeindekirchhofes aus statt. 130/4
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Franken- u. Sterbekasse der Maler.
E. H. 71. Filiale Berlin 304 III.
Freitag, 14. Juli, abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Feuerstein, Alte Jofobstr. 75.
Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. 290/26
Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 15/11* **Haut- und Halsleiden.** 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Ein Biesenposten Mocketplüsch
130 Cmtr. 4,65 pro Meter, breit, & haltbarster buntfarbiger Möbelstoff. Reste spottbillig!
Proben franko.
Teppichhaus
Emil Lefèvre, Berlin S., 158.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neueste Katalog m. Empf. viel. Ärzte u. Prof. grat. u. fr. **H. Unger,** Gummimarcensabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Dr. Lall Rosenthalerstrasse 26 H. Spezialarzt für Haut-, Darm- und Geschl.-Leiden. 11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-9.

Die Grubenkatastrophe auf der Zeche „Vorussia“.

Trotz der Tag und Nacht ununterbrochen fortgesetzten Rettungsarbeit konnten bisher nur sechs Leichen geborgen werden.

Zur Rettung angefahren sind viele, darunter auch Genosse Hansmann, Mitglied der Siebener-Kommission, die noch vom letzten Streik her gemahregelt sind.

Neben die Ursache des Unglücks, die bekanntlich in der Explosion einer Petroleumlampe zu suchen ist, schreibt unser Dortmunder Parteiorgan:

Wie kommt man dazu, jetzt noch unter einem Holzschacht mit großen, offenen Petroleumlampen zu arbeiten?

Ob da alles in Ordnung war, wird ernstlich untersucht werden müssen.

Der Brand unter der Erde beleuchtet blühend die Zustände, unter denen die Bergleute leben, leiden und arbeiten müssen.

Eine fragwürdige Entschuldigung.

Essen. (W. T. B.) In der heute hier abgehaltenen Gewerkschaftsversammlung der Zeche „Vorussia“ teilte der Vorsitzende mit, es bestehe eine schwache Hoffnung, daß die noch vermiedenen Bergleute noch am Leben sind.

Die Mitteilungen, die aus Bergarbeiterkreisen über die Vorgänge bei dem Grubenbrande einlaufen, geben ein anderes Bild über die Zustände auf der Zeche „Vorussia“.

Berliner Nachrichten.

Die Reichstags-Wahlwahl

im Kreise Oberbarnim findet heute, Donnerstag, den 13. Juli, statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist Stadtverordneter Bernhard Bruns-Berlin.

Zur Förderung der Agitation können die Berliner Arbeiter sehr viel beitragen, wenn sie ihre hier in Arbeit stehenden, aber im Kreise Oberbarnim wohnhaften Kollegen veranlassen, daß sie am Wahltage rechtzeitig nach ihrem Wohnorte fahren und dort ihr Wahlrecht ausüben.

Das Wahlkomitee.

J. A.: Gustav Nowag-Strausberg.

Das Nichtigungs- und Schimpfrecht der Lehrer.

Ein jüngerer Volksschullehrer hat in der Besangstunde einen dreizehnjährigen Schüler als „Auswurf der Menschheit“ bezeichnet. So behauptet die Privatklage, die der Vater des Schülers gegen den Lehrer angestrengt hat.

In der Erhebung des Konflikts offenbart sich der preussische Polizeistaat, der auch seinen Staatsanwälten das Recht zugestimmt, Angeklagte zu schmähen und zu beleidigen, der die Amtübertretungen seiner Genossen, Polizisten und anderer Beamten durch dieselben Rachmittel vor strafrechtlicher Ahndung schützt.

wird das rohe Beschimpfen von Schülern durch einen jungen Lehrer einmal eine Einschränkung erfahren, wenn einem Lehrer einfallen sollte, der Meinung zu sein, daß es geboten war, den Sohn eines Staatsministers als „Auswurf der Menschheit“ zu bezeichnen.

Der neue Telegrammtarif ist soeben erschienen. Man ersieht daraus, daß das Telegraphieren im allgemeinen verbilligt worden ist. Nach überseeischen Ländern freilich ist das Telegraphieren immer noch ein kostspieliges Vergnügen.

Jaurès und die „Post“-Esel. Dem „Post“-Esel liegt die Jaurès-Veranstaltung vom Sonntag noch im Magen. Das Scharfmacherblatt veröffentlicht die Aufschrift eines Reporters und leistet sich dabei den Spott, dies Geistesprodukt als Notiz eines Sozialdemokraten zu etikettieren.

Ich verweile noch nicht allzu lange auf meinem Plage, als ich wieder einmal ein Beispiel sozialdemokratischer Besteuerungslust kennen lernte. Die Buchhandlung „Vorwärts“ hatte aus Anlaß der Rundgebung Postkarten mit dem Porträt des Genossen Jaurès herausgegeben, welche von Parteipoliturgebern feilgeboten wurden.

Zwei der „Post“-Artikel ist natürlich, die Sozialdemokratie so dumm wie nur möglich zu verkommen. Anders hätte jeder Papierhändler dem Reporter sagen können, daß eine Promisüberkarte von der künstlerischen Qualität der Jaurès-Karte wohl in keinem Geschäfte der Welt unter 15 Pf. zu haben ist.

Die Sonntagstrophe im Droschkenbetrieb beschäftigt zurzeit die sachverständigen Besprechungen im Fußgängerwesen. Das Reichsamt des Innern hat geantwortet in dieser Angelegenheit verstanden, deren Verantwortung von den beteiligten Körperschaften erwartet wird.

Arbeit fürs Heroldsamt.

Als Betrüger wurde der Graf Konrad Alexander Stanislaus Colonna-Walewski-Alexandrowich verhaftet, der aus einer schlesischen Magnatenfamilie stammt. Vor kurzem gab er in Berlin und Umgebung, Halensee und Charlottenburg, unter verschiedenen Namen Gastrollen.

Es ist nun Sache des Heroldsamtes, auch den Grafen Colonna ins Bürgerturn hinabzuführen. Als diese Behörde kürzlich den R. d. R. W. in die Volksschlucht werfen ließ, konnte man mit Recht sagen, daß der aus Abrahams Same entsprossene Teil des Adels ein Anrecht auf Befreiung von diesem Schicksal hatte.

Im Falle Colonna jedoch hat der christliche Schwertadel deutscher Nation Remedur zu verlangen. Richt weil Graf Colonna gegnerisch hat; das passiert in den besten Familien. Aber ein Graf, der ordinäre Handwerksarbeit treibt, der höchstpersönlich an den von ihm genutzten Pianos Veränderungen vornimmt und dadurch den Adel schändet, gehört nicht mehr in den Gothaischen Kalender.

Die Engländer über Berlin. Stadtrat Dr. Münsterberg hat von dem Präsidenten des Komitees für das Studium ausländischer kommunaler Einrichtungen Lord Hyden und dem Generalsekretär Dr. Lunn Briefe erhalten, in denen beide ihren Gefühlen Ausdruck geben, nach ihrer Rückkehr in die Heimat für die Aufnahme in Berlin zu danken.

Der Besuch hat übrigens schon Nachahmung gefunden. Außer den Franzosen, die sich besonders für die Riefelder zc. interessieren, sind zurzeit noch Herren aus Glasgow in Berlin, um die elektrischen Anlagen, die Beleuchtung, die Feuerwehrr zc. zu besichtigen.

Grüßung einer neuen Eisenbahnstation. Am 1. August d. J. wird, wie die lgl. Eisenbahndirektion Stettin bekannt macht, an der Bahnstrecke Berlin-Stettiner Bahnhof-Pöwenberg (Markt) zwei zwischen den Stationen Dranienburg und Nichtenburg der neue Haltepunkt „Sachsenhausen (Markt)“ für den Personenverkehr eröffnet werden.

Ingenieur auf der Potsdamer Vorortstrecke. Vom Montag, den 24. d. Mts. ab werden die Vorortzüge 407 (Berber ab 6:20 vorm., Potsdam an 6:41 vorm.) und 427 (Berber ab 4:40 nachm., Berlin, Potsdamer Bahnhof an 5:50 nachm.) wie folgt verlegt: Zug 407 (B.) Berber ab 6:20 vorm., Wildpark ab 6:50, Charlottenhof ab 6:50, Potsdam an 6:57 vorm.; Zug 427: Berber ab 4:40 nachm., Wildpark ab 4:40, Charlottenhof ab 5:00, Potsdam ab 5:10, Neubabelsberg ab 5:10, Berlin, Potsdamer Bahnhof, an 4:41 nachm.

Durch die Aufmerksamkeit des Eisenbahnwärters wurde in der letzten Nacht auf dem Rangierbahnhofe Fortstraße ein großer Diebstahl verhindert. In der zweiten Stunde sah der Wächter bei seinem Rundgange, wie ein Mann in Strümpfen einen schweren Sack über die Gleise schlepte und sich dem Weiterzuge näherte, der hoch oben auf einem Balle errichtet ist und das Bahnhofs-terrain gegen das Tempelhofer Feld abgrenzt.

Die Schutzmannschaft in Berlin verlangt nach weissen Hosen. In einer Zuschrift an die „Berliner Beamten-Zeitung“ heißt es: „Wann bekommt die Schutzmannschaft die weissen Hosen?“

Abenteuer im Spechzimmer. Ein seltsamer Vorfall spielte sich im Spechzimmer eines Zahnarztes im Nordosten der Stadt ab. Die Blumenhändlerin W. aus der Georgenkirchstr. 19 hatte mit einer Freundin den Zahnarzt aufgesucht, um sich einen schmerzenden Zahn ziehen zu lassen.

Das Gebäude des neuen Amtsgerichts für die Stadtteile Wedding und Gesundbrunnen an der Rantstraße wird in seinen Seitenflügeln bereits mit der inneren Einrichtung versehen. Auch der großartige Mittelbau, dessen Errichtung zuletzt in Angriff genommen wurde und der ganz in Sandstein aufgeführt wird, geht seiner Vollendung entgegen.

Kad der Stadt der Intelligenz. Eine umfangreiche Tätigkeit als Wählerin betreibt eine Frau St. aus der Kommandantenstraße. Sie läßt Zettel folgenden Inhalts verteilen: „Allen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, denen daran gelegen ist, ihre Zukunft zu erfahren, diene zur Nachricht, daß ich nach alter bewährter Methode die Karten lege!“

auch zu jeder beliebigen anderen Zeit." Auf diese Einladungen hin fanden sich Leute genug, die die weiße Frau zu Rate zogen. Als Spezialität betrieb Frau St. die Weissagung gegen Garantie. Sie übernahm auf Wunsch für das Eintreffen ihrer Weissagung jede Garantie schwarz auf weiß. Die "Beglückten" ließen es dann gewöhnlich an einem ansehnlichen Geldgeschenk in Erwartung des nahenden Segens nicht fehlen. So ging es auch dem Buchhalter Arnold R., dem die Frau einen Schein auf eine Prämie mit 60 000 Mark Mitsicht ausstellte. Als Dank dafür schenkte R. Frau St. 50 Mark. S. sah sich jedoch bitter enttäuscht. Nach Ablauf des Garantiejahres verlangte er Schadenersatz. Als ihm dieser jetzt verweigert wurde, stellte er Strafantrag gegen die Kartenlegerin.

Der Holzarbeiter-Verband teilt mit: Ein Bezirkskassierer des Holzarbeiter-Verbandes hat Montag früh in einem Stadtbahnzuge von Grünau nach Bestend ein Paket mit Listen und Beitragsmarken des Holzarbeiter-Verbandes liegen gelassen. Das Paket ist von jemand vor Ankunft des Zuges in Bestend gefunden worden. Der Finder der Marken oder die Personen, die über den Verbleib der Marken etwas wissen, werden gebeten, dem Bureau des Verbandes, Engel-Ufer 15, Mitteilung zu machen.

Ein Kranker im Krankenhaus verunglückt. Tödlich verunglückt ist im Garten des St. Hedwigs-Krankenhauses der 38 Jahre alte Hospitalist Bernhard Campow, der sich als Gensender dort aufhielt. Er half aus freien Stücken einem Knaben beim Schieben seines Wagens, kam dabei zu Fall und schlug mit dem Kopf an eine Mauer. Keuchend zeigte sich eine tiefe Wunde, C. starb aber nach etwa einer Stunde im Krankensaal.

Durch eine Revolverkugel verwundet wurde die 33jährige Ehefrau Pauline des Maurerpoliers L., die von ihrem Ehemann getrennt lebt und in der Warschauerstraße bei einer Familie A. wohnt. Frau L. war nun in der Wohnung ihres Mannes erschienen, hatte dort einen geladenen Revolver vorgefunden und diesen mit nach der Warschauerstraße genommen. Damit kein Unheil angerichtet werde, überreichte sie ihrem Mann die Waffe. Als dieser die Sicherung in die Trommel zurückschieben wollte, muß er aus Unvorsichtigkeit fehlgegriffen haben. Der Revolver ging los, und das Geschoss drang der Frau L. in den Rücken. Um die Kugel aus dem Körper loszuwerden, wurde Frau L. in einem Kutschenwagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Feuerbericht. Mittwoch nachmittag gegen 4 Uhr kam in der Alten Jakobstr. 99 in einem Keller des Vorderhauses auf nicht ermittelte Weise Feuer aus, das Holzmoße, sowie allerlei anderes Verpackungsmaterial ergriff und erst bemerkt wurde, als dicke Rauchwolken in den Hof schossen. Man suchte anfangs die Abkühlung mit der Hausleitung selbst zu bewirken und erst als dies nicht gelang, alarmierte man die Feuerwehr. Der 20. Löscharbeit war schnell zur Stelle und fand bei seiner Ankunft den Hausflur und die Treppen stark verqualmt vor. Infolgegeden konnten die Sappeure nur unter Benutzung von Rauchhelmen vordringen. Es gelang aber in kurzer Zeit, die Gefahr mit einer Schlauchleitung zu beseitigen. — In der Waldemarstr. 32 mußte dann ein Brand unterdrückt werden, der den Fußboden und die Balkenlage erfaßt hatte. — Stroh 2c. ging in der Hermsdorferstr. 5 in Flammen auf, während in der Egererstraße ein Hausen Kelf auf einem Wauplay brannte. — Abends wurde die Wehr nach der Potsdamerstraße 128 gerufen, weil dort ein Automobil vor dem Hause in Brand geraten war. — Weiter liefen in den letzten 24 Stunden aus der Wilsstr. 1, Soarbrückerstr. 31 und noch aus einigen anderen Orten Alarmierungen ein, die aber auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein unheimliches Hund hatten am 28. November v. J. mehrere Passanten auf der Straße in Charlottenburg gemacht. Kinder hatten ein großes Paket gefunden und es geöffnet. Der Inhalt erwies sich als die Leiche eines neugeborenen Kindes. Die von dem unheimlichen Hunde sofort in Kenntnis gesetzte Polizei stellte umfangreiche Ermittlungen nach der Mutter an. Diese wurde auch bald in der Person der unterzeichneten Anna Berta Maria ermittelt, die am 26. November einem Kinde das Leben gegeben hatte. Gegen die M. wurde ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet, da sich der Nachweis eines vorsätzlichen Kindesmordes nicht führen ließ. Vor der Strafkammer war die M. gestern wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Mit ihr mußte die Arbeiterfrau Antonie J. auf der Anklagebank Platz nehmen. Diese hatte sich wegen Verleumdung eines Leichnams ohne Vorwissen der Behörde zu verantworten. Sie hatte sich daran beteiligt, als die M. sich des in Papier und alte Kleidungsstücke eingewickelten Kindesleichnams entledigte. — Vor Gericht war die unnatürliche Mutter geständig, aus Fahrlässigkeit den Tod ihres Kindes verursacht zu haben. Der Gerichtshof erkannte gegen die M. auf ein Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung. Außerdem wurden beide Angeklagte wegen unbefugter Weisung einer Leiche zu je einer Woche Haft verurteilt.

Schöneberg.

Die Lohnrückstellungen für die städtischen Arbeiter. Der Magistrat ist entgegen unserer gestrigen Meldung — dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung über die Lohnrückstellungen im wesentlichen beigetreten. Ohne Änderungen ist es hierbei nicht abgegangen. Die den Kanalisationsarbeitern gewährten Zulagen sind denen der Straßeneiniger gleichgestellt worden, trotzdem im Ausschuss allseitig anerkannt wurde, daß für die erstere Kategorie in Anbetracht ihrer weit gesundheitsschädlicheren Art der Beschäftigung eine kleine Verringerung am Platze wäre. Zur Förderung der Arbeitsfreudigkeit wird die magistralische Reduzierung gewiß nicht beitragen. Der Anfangslohn beträgt nach der neuen Festsetzung somit 3,50 M., steigend nach sechs Monaten auf 3,75 M., nach zwölf Monaten auf 4 M. (nach der Fassung der Stadtverordneten-Versammlung 3,50 bzw. 4,00 bzw. 4,25 M.). Ob denn wirklich der geringe Unterschied von 25 Pf. pro Tag — nach einem Jahre! — den Etat so gewaltig belastet hätte? — Eine von dem bereits gekennzeichneten sogenannten "Ordnungsverein" der Straßeneiniger noch in letzter Stunde an den Magistrat gerichtete Petition um Gleichstellung mit den Kanalisationsarbeitern hat denn auch die vorausgesehene Wirkung gehabt. — Sie wurde dem Papierkorb überwiesen. — Hoffentlich werden die Ortsvereinsherren nun einsehen, daß nur mit Hilfe der Organisation durch geschlossenes Vorgehen etwas erreicht werden kann.

Die Lohnrückstellungen treten vom 1. Juli dieses Jahres ab in Kraft.

Rixdorf.

Der brutale Unverstand einer Mutter kam gestern in einer Verhandlung zur Sprache, die gegen die aus der Untersuchungshaft vorgeführte Frau Margarete Henschel aus Rixdorf vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II stattfand. Die Angeklagte, die mit 17 Jahren Mutter eines unheimlichen Kindes geworden war, mußte sich wegen schwerer Mißhandlung des letzteren verantworten. Als das kleine ein Jahr alt geworden war, hatte sie sich verheiratet und es nunmehr in eigene Pflege übernommen. Von jetzt ab begann für das Kind eine schwere Leidenszeit, denn Frau Henschel schlug es fortwährend mit dem fingerdicken Stiel einer Rinderschuppe auf das grausamste, weil es noch das Bett nähte. Obwohl ihr Mann dagegen sprach, ließ sie nicht davon ab, bis endlich die anderen Hausbewohner das bis in die obersten Stagen dringende Bimmern des Kindes nicht mehr mit anhören konnten und die Polizei davon benachrichtigten. Diese holte das Kind sofort ab und brachte es wegen seines Zustandes in ein Krankenhaus. Hier wurde festgestellt, daß der ganze Körper des bedauernswerten Geschöpfes völlig braun und blau geschlagen war und nicht einen einzigen weichen Fleck mehr aufwies. Auch zeigte der linke Unterarm eine Erhöhung, die von einem durch Zerbrechen des Knochens hervorgerufenen Bruch herrührte.

Verantw. Redakteur: Franz Meißner, Berlin. Für den

Wegen dieser unglaublichen Handlungsweise war Frau Henschel vom Rixdorfer Schöffengericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Gegen die Höhe des Strafmaßes hatte sie Berufung eingelegt. Die Strafkammer ermäßigte auch die Strafe auf sechs Monate Gefängnis, doch nur mit Rücksicht auf die Jugendlichkeit und Unerfahrenheit der Angeklagten, die weniger aus Missetun als aus geringem Verständnis für ihre Mutterpflichten die Mißhandlung vorgenommen hätte.

Röpenitz.

Nord- und Selbstmordversuch. Die 20 Jahre alte Frau des Bäckermeisters Gramm in der Glieniderstr. 1 in Röpenitz versuchte in der Nacht zum Dienstag sich und ihr Kind durch Gift zu töten. Zwischen der Frau und ihrem Manne war es in letzter Zeit wiederholt zu Auseinandersetzungen gekommen. Wie die Frau angibt, ist sie mehrfach von ihrem Manne mißhandelt worden. Auch vorgestern fand wieder eine Szene zwischen den beiden Ehegatten statt, worauf sich der Bäckermeister entfernte. Frau Gramm beschloß nun, sich und ihrem fünf Monate alten Kinde das Leben zu nehmen. Sie nahm eine Flasche Lysol, gab zuerst dem Kinde davon zu trinken und leerte dann selbst die Flasche. Als der Bäckermeister um Mitternacht nach Hause zurückkehrte, fand er seine Frau mit dem Säugling im Arm röchelnd an. Sofort holte er zwei Ärzte herbei, die eine Auspumpung des Magens bei der Frau und ihrem Kinde vornahmen. Beide liegen in bedenklichem Zustande danieder.

Auf den Leichnam eines Mannes stiegen gestern nachmittag mehrere Korsteuante im Köpenicker Forst zwischen Rahnsdorf und Friedrichshagen bei der Ausführung von Waldarbeiten; daneben lag im Grabe ein Revolver. Es stellte sich dann heraus, daß der tote der 50 Jahre alte Kaufmann Gottfried Herzog aus der Glieniderstraße zu Röpenitz war. Zweifellos liegt Selbstmord vor. Vor vierzehn Tagen verschwand H. aus seiner Wohnung und hat sich wohl noch an demselben Tage das Leben genommen. Hiesige Familienangelegenheiten dürften die Ursache zu dem Selbstmord des in Köpenitz bekannten Kaufmanns gewesen sein. Nachdem am Fundort ein Tatbestand aufgenommen worden war, wurde die Leiche, die durch den Einfluß der Witterung bis zur Unkenntlichkeit entstellt war, nach der Halle des städtischen Friedhofs gebracht.

Friedrichshagen. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins tagt am Sonnabend, den 15. Juli, abends 9 Uhr, bei Wehndt, Friedrichstr. 114. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, des Kassierers, der Revisoren und der Bibliothekskommission. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und der Bibliothekskommission. Mitgliedsbuch legitimiert.

Neuenhagen (Ostbahn). Sonntagnachmittag 4 Uhr findet in Wünschens Lokal die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Abrechnung, zurückgestellte Anträge, Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung und Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Der viergleisige Ausbau der Nordbahn ist, abgesehen von nebensächlichen Arbeiten, jetzt bis Pantow fertig. Auch der neue Vorortbahnhof Schönholz ist soweit gefördert, daß seine Inbetriebnahme voraussichtlich am 15. Juli geschehen kann. Die königliche Eisenbahnverwaltung hat infolge dessen dieser Tage den Ortsgemeinden zwischen Schönholz und Hermsdorf die Pläne für den weiteren Ausbau der Nordbahn bis nach Dranienburg hin zugesandt. Einige Schwierigkeiten bietet die Reinickendorfer Viehwaldener Nebenbahn. Obgleich der Staat diese Bahn übernehmen will, kann eine Höherlegung vor der Hand nicht erfolgen, doch soll der Güterverkehr vom 1. Oktober ab durch die Schaffung eines Anschlußgleises nach Schönholz geführt werden. Die Arbeiten des Ausbaues der Nordbahn werden auch deswegen mit großer Eile betrieben, weil im nächsten Jahre der Kaiser vermutlich diese Bahn benutzen wird, um nach dem neuen Hofjagdsrevier bei Dranienburg zu gelangen.

Die Gemeindevorstellung von Wannsee hat die Eingemeindung eines Teils von Koblhakenbrück beschlossen. Die Neue Straße und die von dieser ausgehende nach dem Restaurant "Fürstentof" führende Straße sowie das sogenannte Wödemannsche Gelände im Koblhakenbrück sollen auf Anregung der Regierung zu Wannsee geschlagen werden. Dabur wird auch ermöglicht, einen neuen Weg nach Koblhakenbrück, unter Vermeidung der gefährlichen Bahnübergänge, anzulegen. Die Chaussee nach Koblhakenbrück soll dann ganz über städtisches Gelände und die Chausseebrücke über den Zeitowkanal geleitet werden.

Gerichts-Zeitung.

Die öffentliche Ordnung im Klassenstaat.

Zu acht Tagen Haft verurteilt am Mittwoch die 144. Abteilung des Schöffengerichts unseren Parteigenossen Maurer Meyle, weil er die Reichsterversammlung seiner Verursachung mit einem Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen hatte. Sowohl die horrenden Höhe der Strafe als auch einzelne Momente aus der Verhandlung selbst zeugen von dem Geist, der in unseren Gerichtsstufen herrscht.

Als Meyle, zur Neuherung auf die Anklage aufgefordert, sagte, seiner Erinnerung nach habe er ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ausgebracht, da sei ihm der vorstehende Richter, Assessor Markgraf, ins Wort und sagte mit scharfer Betonung: Na ja, das ist die berühmte Sache, wenn die Herren angeklagt sind, dann wollen sie das nicht gesagt haben, was ihnen zur Last gelegt wird.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Goldberg bemerkte darauf, wenn der Herr Assessor den Angeklagten den angefangenen Satz hätte vollenden lassen, dann würde er gehört haben, daß derselbe nichts abtreten wolle. Der Angeklagte habe sagen wollen, seiner Erinnerung nach habe er die internationale Sozialdemokratie hoch leben lassen, nachträglich sei ihm aber von Versammlungsbesuchern gesagt worden, daß er tatsächlich ein Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie ausgebracht habe. Er gebe dies deshalb zu.

Die Beweisaufnahme ergab, daß in dieser Versammlung nicht einmal der berühmte Kriminalbeamte anwesend war, der nach dem Hoch die vorchriftsmäßige Beurlaubung empfunden hätte. Die Versammlung ist, wie der überwachende Polizeileutnant ansagte, nach dem revolutionären Hoch in vollkommener Ruhe auseinandergegangen. Es kann also demnach von irgendwelcher Beurlaubung des Publikums keine Rede sein.

Der Verteidiger begründete die von ihm beantragte Freisprechung des Angeklagten, indem er ausführte: Die Bekundung und Propagierung sozialdemokratischer, ja selbst anarchischer Ideen sei nicht strafbar, es handle sich nur darum, ob die Art, wie man sich zu solchen Ideen bekannt habe, grober Unfug sei. Wenn grober Unfug vorliegen solle, müsse etwas Mißliches geschehen, wodurch das Publikum unmittelbar belästigt wird. Wenn wirklich einige Versammlungsbesucher mit dem Bewusstsein zu revolutionären Ideen nicht einverstanden gewesen sein sollten, so sei das noch keine unmittelbare Belästigung des Publikums. Wenn beispielsweise in einer Versammlung für den Flottenverein Propaganda gemacht werde

Hier unterbrach Assessor Markgraf den Verteidiger und ersuchte ihn, diese Ausführungen, weil nicht zur Sache gehörend, nicht fortzusetzen.

Rechtsanwalt Goldberg erwiderte, es müsse ihm doch gestattet werden, an der Hand eines Beispiels seine Gedanken darzulegen. Er beantrage einen Gerichtsbeschluss.

Das Gericht entschied, daß der Verteidiger die mit dem Hinweis auf den Flottenverein begonnenen Ausführungen nicht fortsetzen dürfe.

Nach Beendigung des Plädoyers erkannte das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf eine Haftstrafe von acht Tagen.

Inferatenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

In der Begründung des Urteils sagte der Vorsitzende: Das Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie sei geeignet, die öffentliche Ordnung zu gefährden, denn Revolution bedeute nichts anderes als Umsturz. Wenn die Versammlung auch nur für Maurer bestimmt war, so habe doch jeder Zutritt gehabt. Es sei ja auch fraglich, ob alle Maurer Sozialdemokraten sind, und ob alle Sozialdemokraten mit den revolutionären Bestrebungen einverstanden seien. Solche Versammlungsbesucher hätten sich wohl beunruhigt fühlen können.

Juristischen Scharfsinn verrät die Urteilsbegründung gerade nicht. Man sollte doch meinen, wenn jemand nicht wegen seines Bewusstseins zur revolutionären Sozialdemokratie, sondern wegen Verübung von grobem Unfug bestraft werden soll, daß dann festgestellt werden müsse, es habe eine Belästigung des Publikums tatsächlich stattgefunden. Die bloße Annahme, ein am 1. Mai feiernder nichtsozialdemokratischer Maurer oder ein nichtrevolutionärer Sozialdemokrat (!), der vielleicht der Versammlung hätte beiwohnen und sich vielleicht hätte beunruhigt fühlen können, dürfe selbst von der höheren Instanz eines preussischen Gerichts nicht als hinreichender Grund zur Verurteilung angesehen werden.

Vermischtes.

Eine sechsköpfige Familie aus Rahrungsorgen in den Tod gegangen. Dienstag wurde in einem nahen Gehölg bei Hildburghausen die ganze Familie des Eisenarbeiters Ziegler tot aufgefunden. Ziegler hat seine Frau, seine vier Kinder und sich selbst erschossen. Als Ursache werden Nahrungsorgen angegeben.

Ein furchtbares Grubenunglück in Wales ist der Katastrophe auf der Feste "Dorffla" gefolgt. Während 128 Arbeiter in die Grube eines Kohlenwerkes bei Wattstown eingefahren waren, fand eine Explosion statt, durch die den Unglücklichen der Ausgang abgeschnitten wurde. Bisher sind, wie man aus London telegraphiert, 89 als Leichen geborgen worden. Man befürchtet, daß sich die Totenliste auf insgesamt 126 belaufen wird.

Für 50 000 M. Diamanten gestohlen. In auffälliger Weise häufen sich in letzter Zeit Diebstähle in den D. - Jügen, die anscheinend systematisch durch internationale "D. - Zug - Diebe" verübt werden. Am 3. d. M. nachmittags wurde nach einer polizeilichen Belanntmachung aus einem Wagen 1. Klasse des D. - Zuges 78 der Strecke Frankfurt a. M. - Hamburg einer Dame eine große Handtasche aus braunem Krotobilleder mit Metallgehäusen, gezeichnet A. B., gestohlen, in welcher sich u. a. ein Paar orientalische Perlenohrringe mit je einer weißen, runden Perle, eine kurze Halskette aus Platin, besetzt mit kleinen und großen Diamanten, endigend in eine weiße Perle in Brillanten gefaßt, ein antikes dreieckiges Kollier aus kleinen Perlen, rund herum mit Gehängen aus Tafeldiamanten, eine goldene Brosche in Form einer Edelsteinblume mit einem großen Amethyst und einem kleinen Brillanten besetzt, eine goldene Brosche besetzt mit einem Türkis, umgeben von kleinen Diamanten, und eine goldene Brosche in Form einer Spange, besetzt mit einer großen runden Perle und Brillanten, daran hängend eine schwarze und eine weiße bienenbrennende Perle, befanden. Für die Herbeschaffung der gestohlenen Gegenstände ist eine Belohnung von 1000 Mark aufgesetzt. Ähnliche Diebstähle sind in der Nacht zum 18. Mai auf der Strecke Frankfurt a. M. - Berlin, 3. Juni Hamburg - Frankfurt und 22. Juni Frankfurt - Luzern ausgeführt.

Sieben Fälle von Typhuserkrankungen sind, wie aus Danzig berichtet wird, seit dem 24. Juni dort vorgekommen, sie geben indessen keinen Grund zu Besorgungen. Sanitätspolizeiliche Maßnahmen wurden sofort getroffen. Die Erkrankten wurden nach dem städtischen Lazarett geschafft und isoliert. Die Wohnungen wurden desinfiziert und polizeilich geschlossen. Bisher hat die Krankheit in keinem Falle einen tödlichen Verlauf genommen.

Rassenvergütungen durch Genuß verdorbener Speisen. Aus Leipzig wird gemeldet: In einer hiesigen Buchdruckerei sind heute zahlreiche Personen infolge des Genusses von verdorbenem Kartoffelsalat und Schweinefleisch erkrankt. Bisher sind 80 solcher Kranken in das Krankenhaus eingeliefert. Die Zahl der Erkrankten beläuft sich im ganzen auf annähernd 100.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

M. 15. Sind Sie als freiwilliges Mitglied der Kasse aus Versehen aufgenommen (wiewohl Sie statutarisch freiwilliges Mitglied nicht sein konnten), so sind die Beiträge unter Abrechnung des etwa Geleisteten zurückzahlen. Sind Sie getreten, weil Sie verübt gezahlt haben, so erfolgt keine Rückzahlung. — Nied. 103. Die Sterbe-Urkunde Ihrer Frau, Ihre frühere Ehefrau, ist, falls minderjährige Kinder vorhanden sind, ein Auseinanderrechungs-Mittel nicht erforderlich. Das Letztere erhalten Sie vom Amtsgericht, die anderen Urkunden von dem Standesbeamten, in dessen Bezirk die Ehe geschlossen respektive der Tod angemeldet war.

M. 11. In dem Rückrud kann eine Belästigung erklart werden: Sie sollten ihn zurücknehmen. — M. M. 2700. Kein: Sie können nur, falls nicht der Wortlaut Ihres Vertrages dem entgegensteht, auf Schadenersatz, Unterlassen der Beschädigung sowie Einräumen der früheren Räumlichkeiten, Ansehen, Instandig ist das Amtsgericht. — R. Rixdorf. 1. Das Testament müßte in Ihrem Falle zu gerichtlichem Protokoll erklärt werden. 2. und 3. Nein. Es genügt: In meiner letzten Willen habe ich ein R. R. Willkürtestament (Etern oder Ander) bestellte ich nicht. — G. 9. Ohne Kenntnis Ihres Vertrages sind Ihre Fragen nicht zu beantworten.

G. 11. Das Ministerium ist für die Folgen des Unglücksalles, den Sie beim Fensterputzen erlitten, rechtlich leider nicht verantwortlich. Sie könnten nur aus Ihrer Invalidenversicherung Ansprüche geltend machen, wenn Sie mindestens 26 Wochen erwerbsunfähig waren oder dauernd invalide geworden sind. Der Antrag auf Invalidenrente ist an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung (Am Köpenicker Park 8), zu richten.

M. M. 43. 1. Ihrer Mutter steht ein Anspruch an die Berufsgenossenschaft auf Hinterbliebenenrente nur zu, wenn Sie den in Ihrem Fall wohl kaum zu führenden Nachweis erbringt, daß der Tod Ihres Vaters Folge des Unfalls war. 2. Die Versicherungsanstalt hat die Hälfte der für Ihren Vater geleisteten Raten an Ihre Mutter zurückzahlen. Die Zurückzahlung unterbleibt, soweit etwa Ihrer Mutter von der Berufsgenossenschaft eine Hinterbliebenenrente zu zahlen ist. — G. R. 75. Die Versicherungsanstalt kann dem Antrag auf Aufnahme in ein Sanatorium stattgeben, verpflichtet ist sie hierzu nicht. — W. Sch. Sie sind vollständig im Recht.

Witterungsübersicht vom 12. Juli 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Tag	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Tag
Eintriede	760 B		1 Dunst	18	Hannover	756 B		4 bedeckt	8		
Darmstadt	763 B		4 bedeckt	17	Petersburg	755 B		2 bedeckt	13		
Berlin	762 B		4 mäßig	18	Seibitz	764 B		2 bedeckt	17		
Frankfurt a. M.	765 B		2 mäßig	21	Berzbeeren	762 B		1 bedeckt	13		
Wien	765 B		2 mäßig	19	Paris	765 B		1 bedeckt	16		
Stettin	763 B		2 heiter	20							

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 13. Juli 1905. Ein wenig kühler, vielfach wolfig bei möglichen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 11. Juli. Elbe bei Hufsch — 0,33 Meter, bei Dresden — 1,78 Meter, bei Magdeburg + 0,73 Meter. — Inkrant bei Sauburg + 1,00 Meter. — Oder bei Halber + 0,89 Meter, bei Breslau Eber-Begel + 4,70 Meter, bei Breslau Unter-Begel — 1,60 Meter, bei Frankfurt + 1,08 Meter. — Weichsel bei Graßmünde + 2,54 Meter. — Warthe bei Posen + 0,90 Meter. — Rache bei Ufa + 0,42 Meter.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt P. Singer & Co., Berlin SW.